

L-01-007 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Dr. Wolfgang Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)

Titel

Ändern in:

Auf dem Weg zu einer ökologischen Stadtgestaltung – Eine Zukunft der Ressourcennutzung

Änderungsantrag zu L-01

In Zeile 7 einfügen:

Wir wollen daher weg von der Müllhauptstadt Berlin und hin zur Zero Waste-Stadt.

Uns geht es um ein ganzheitliches Konzept, welches die Ressourcen der privaten und kommerziellen Sektoren unserer Stadt insgesamt nutzen soll. Wir wollen Müll und Abwasser in ihrer Gesamtheit betrachten, denn nur so können wir uns auf den Weg der ökologischen Stadtgestaltung begeben. Die biologisch abbaubaren Stoffströme werden sich dadurch mehr als verdoppeln. Wir wollen auf die Grundlagen des Müllaufkommens überhaupt einwirken und Produktlebenszyklen und Produktlebenswege verstärkt einbeziehen. Die berechnete Lebensdauer (Obsoleszenz) sowie die Kurzlebigkeit von Produkten aufgrund von technischem Wandel und Mode haben einen wesentlichen Anteil am Müllaufkommen. Deshalb wollen wir, wo immer es möglich ist, die Produktion langlebiger Produkte fördern, denn dem Müllaufkommen vorzubeugen ist besser als liegen gebliebenen Müll einzusammeln. Produkte müssen so produziert werden, dass sie bei „End-of-Life“ einfach und schnell in ihre Komponenten getrennt werden können, die jeweils für sich recycelt werden können. Dieser Anspruch wird normativ und regulativ unterstützt. In Anbetracht der großen Stoffströme an organischer Masse streben wir eine Stadt-Land-Partnerschaft an. Die Stadt nimmt Nahrungsmittel auf und gibt, um den Recyclinganspruch der Ressourcen zu leben, Dünger und Nährstoffe wieder an das Land ab.

Begründung

Es wird ein ganzheitliches Konzept vorgeschlagen, welches ökologische Stadterneuerung genannt wird. Der Zero-Waste-Anspruch ist lediglich eine wichtige Komponente. Zero-Waste beginnt bereits mit der Herstellung der Produkte (Obsoleszenz, Kurzlebigkeit, Recyclebarkeit). Der Antragsteller ist der Ansicht, dass vollständige Ressourcennutzung nur als ganzheitliches Konzept möglich ist.

L-01-015 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Dr. Wolfgang Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)

Titel

Ändern in:

Auf dem Weg zu einer ökologischen Stadtgestaltung – Eine Zukunft der Ressourcennutzung

Änderungsantrag zu L-01

In Zeile 15 einfügen:

bekannteste Beispiel.

Müll ist immer noch eine soziale Belastung für die Bürger. Würde er liegen bleiben, wäre es eine ökologische Katastrophe. Seine Gegenwart schädigt Wasser, Boden und Luft. Entsorgung von Müll (und Abwasser) und deren Behandlung lässt sich weiter optimieren. Wir wollen die Lebenswege des in Berlin verbrauchten Plastiks verfolgen, um zu klären, welcher Anteil davon in den Weltmeeren landet. Das geht nur über unsere Wasserwege. Der Wind bläst Plastik umher und schließlich auf das Wasser. Wassersportler können auf Berliner Gewässern Berge von umherschwimmendem Plastik aufsammeln. Ist Plastik einmal auf dem Wasser gelandet, wird es mitbefördert und ist nicht mehr aufzuhalten. Eine Möglichkeit wäre, in schmalen Wasserwegen Plastiksammelrechen auszufahren, die sich bei Annäherung von Booten wieder einfahren oder an den Rand klappen.

Begründung

Die Aufklärung der Wege des Plastiks in die Ozeane ist von großer Bedeutung. Dazu trägt der Absatz bei. Berlin kann einen bedeutenden Anteil daran haben. Mögliche Massnahmen werden vorgeschlagen.

L-01-019 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Dr. Wolfgang Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu L-01

In Zeile 19 einfügen:

lebenswerte Stadt geht anders.

Abwasser nervt nicht, weil es freiwillig abfließt. Dadurch entgeht es bisher der Aufmerksamkeit und Beachtung. Es rauscht friedlich und nahezu unbemerkt, außer dass es aus einigen Gullis heraus stinkt, durch die ca. 10.000 km unterirdischer Kanalisation zu Klärwerken und danach, befreit von organischer Masse, Stickstoff und dem größten Teil des Phosphors, in die Vorfluter. Bei Starkregen jedoch wird es durch die Gullis direkt auf die Straßen gespült und verunreinigt alles. Fäkalien landen direkt in der Spree. Durch den Reinigungsprozess in den Kläranlagen gehen tagtäglich aus den 620 000 m³ Abwasser etwa 45 t Stickstoff und 7 t Phosphor verloren. Der Phosphor ist im Schlamm enthalten. Der Schlamm (incl. Phosphor) muss wegen grenzwertüberschreitender Schwermetallkontaminationen aus Indirekteinleitern, Strassenspülwasser etc. unter hohem Energieeinsatz verbrannt und die Asche Untertage deponiert werden.

Im aktuellen Umgang mit Abwasser werden die Anforderungen an die Reinigung nur noch dann erfüllt, wenn eine weitere kosten- und energieintensive 4. Reinigungsstufe installiert wird, was bereits umgesetzt werden musste. Dies ist alles fernab von ökologischer Stadtgestaltung. Es gibt jedoch eine Lösung für das Problem, die darin liegt, dass direkt in den Haushalten das Abwasser in Grau- und Schwarzwasser getrennt wird. Die Schlüsseltechnologie für die Trennung ist die Vakuumtoilette, eine bequeme Sache, die wir in der Bahn schon zu schätzen wissen. Statt 5 verbraucht man nur weniger als 1 Liter Spülwasser pro Vorgang. So erhält man ca. 10% konzentriertes Schwarzwasser und ca. 90% verdünntes Grauwasser.

Ein großer Vorteil ist, dass das die Haushalte verlassende Schwarz- und Grauwasser schwermetallfrei ist. Schwarzwasser wird in jedem Fall rohrleitungsgebunden bis zur geplanten Verwertungsanlage transportiert und bleibt schwermetallfrei, bei Grauwasser ist das nicht so klar. Falls es auch durch die Kanalisation fließen würde/müsste, würde es wie oben beschrieben kontaminiert werden. Also wollen wir die dezentrale Reinigung und Verwertung fördern. Im Sommer überhitzen sich manche Stadtteile. Es ist bekannt, dass nur Kühlung durch Verdunstung durch Pflanzen dem Abhilfe verschaffen kann. Das konstant anfallende Grauwasser kann für solche Zwecke verwendet werden.

Ein weiterer großer Vorteil ist, dass man auch gehäckselte Bioabfälle direkt in die Vakuumtoilette geben kann. Die Akzeptanz durch Bürger wird als sehr hoch eingeschätzt. Schwarzwasser und Bioabfälle landen, rohrleitungsgebunden transportiert, dann zusammen gleich da, wo sie hingehören, nämlich in einer Biogasanlage. Es fällt übrigens auch leichter, Arzneimittel- und sonstige Rückstände wie von Drogen aus nur 10% des Volumenstromes herauszuholen als aus 100% des häuslichen Abwassers.

Es erfolgt somit ein Paradigmenwechsel bei der Abwasserbehandlung, denn das auf Kläranlagen angewandte Behandlungsprinzip „aerob, anaerob, aerob“ wird abgeändert zu „anaerob und evt. aerob“. Anstelle von Energieverbrauch erhält man nun eine Energiequelle nach der Verstromung des Gases in Höhe von ca. 7 MW_{el}.

Das lediglich ausgefaulte (jedoch von Arzneimittelrückständen befreite) Schwarzwasser wird als Dünger in der Landwirtschaft verwendet. Der Stickstoff in Schwarz- und Grauwasser zusammen würde für die Düngung von 92.000 ha landwirtschaftlicher Fläche ausreichen. Davon kann ein kleiner Teil für „Urban farming, urban gardening“ verwendet werden. Die Berliner Bezirke werden angehalten, ihren Teil an urbanem gärtnern zu ermöglichen und die Umsetzung zu unterstützen.

Die folgende Tabelle zeigt die Option der Stadt-Land-Partnerschaft auf, fasst die Potentiale für Abwasser zusammen und vergleicht sie mit dem für Biogut. Selbst wenn Biogut mit einer Sammelquote von 50 kg/E/a verwertet wird, bleibt sie hinter dem Ressourcenpotential des Abwassers weit zurück. Es ist deshalb

sinnvoll, frühzeitig ein Gesamtkonzept anzustreben, das wir Ökologische Stadterneuerung nennen, anzustreben anstatt sich auf Müll zu beschränken. Ökologische Stadterneuerung in Stadt-Land-Partnerschaft ist der richtige Weg. Nur dadurch können die Ressourcen im Kreislauf geführt werden. Der Abfallwirtschaftsplan sollte ausgeweitet werden a) um die Betrachtung von Obsoleszenz und Produktlebenswege und b) um die Planung der Stadt-Land-Partnerschaft, die Bioabfälle und den Paradigmenwechsel bei Abwasser mit einbezieht. Das ist das notwendige abgerundete Konzept, um sich auf den Weg der ökologischen Stadterneuerung zu begeben.

Begründung

Dieser Antrag richtet sich auf die Bedeutung von Abwasser als organischer Ressource zusammen mit Bioabfall. Für Abwasser wird ein Paradigmenwechsel gefordert, der in der Trennung des häuslichen Abwassers in Grau- und Schwarzwasser liegt. Bioabfall kann mit in die Vakuumtoilette gegeben werden. Die biologischen Stoffströme werden als Einheit gesehen.

L-01-032 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Dr. Wolfgang Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu L-01

In Zeile 32 einfügen:

deponieren – das ist unsere Vision und auf diesen Weg muss sich Berlin machen.

Eine Großstadt wie Berlin wird auf Jahrzehnte hinaus nicht frei sein von zu deponierendem Restmüll. Deshalb muss die Antragsüberschrift „Zero-Waste“ gleich wieder relativiert werden. Das ist nicht zielführend. Eine Müllverbrennungsanlage (MVA) produziert mehr an zu deponierendem Restmüll als beispielsweise eine MBA (Mechanisch-Biologische-Anlage). Auf dem Weg zur ökologischen Stadterneuerung wäre es einschneidend und zielführend, jedoch möglicherweise nicht realisierbar, die MVA durch eine MBA zu ersetzen. Jedoch wollen wir eine komplette MBA oder lediglich einen umfangreichen mechanischen Teil, also Mülltrennung, der MVA vorschalten. Der aussortierte Biostoffstrom einer reinen Sortieranlage geht in eine Kläranlage mit noch in Funktion befindlichen Faultürmen. Eine MBA sortiert gründlich in alle möglichen Fraktionen wie beispielsweise Plastik, Glas-, Metall-, Elektronik- und Biostoffströme. Der Bioanteil wird vergoren, die Gärreste verrottet oder kompostiert. Nur ein Minimum an Stoffströmen ist so kontaminiert, dass es deponiert werden muss. Letzterer lässt sich mit zunehmender Bereitschaft der Bevölkerung, korrekt zu trennen, weiter minimieren. Schließlich würde die MBA auch überflüssig werden. Bis dahin hat sie etliche Erneuerungszyklen hinter sich und End-of-Life erreicht.

Begründung

Um den Anspruch auf Minimierung von zu deponierendem Restmüll zu realisieren wird beantragt, der MVA eine MBA oder nur eine aufwendige mechanische Restabfalltrennung vorzuschalten. Der aussortierte Bioabfallstrom geht in eine Kläranlage mit noch funktionierenden Faultürmen.

L-01-037 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Dr. Wolfgang Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)

Titel

Ändern in:

Auf dem Weg zu einer ökologischen Stadtgestaltung – Eine Zukunft der Ressourcennutzung

Änderungsantrag zu L-01

In Zeile 37 einfügen:

im Bereich Zero Waste fast eine Million Euro zur Verfügung.

Anstelle von „Zero-Waste-Stadt“ „Stadt der ökologischen Erneuerung“

Begründung

Dieser Vorschlag dient der Konsistenz der Terminologie

L-01-039 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Gudrun Pinn (LAG Umwelt)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 39 bis 40:

Unser Ziel ist es, den Restmüll in der Grauen Tonne ~~deutlich~~drastisch zu senken und so die Müllverbrennung in Berlin langfristig herunterzufahren anstatt sie auszubauen. Es darf keinen dauerhaften Export von unaufbereitetem, überlassungspflichtigem Restmüll in Müllverbrennungsanlagen außerhalb von Berlin geben und keinen Ausbau der Müllverbrennung in Berlin. Um all das zu

Von Zeile 43 bis 45:

Service und eine verbesserte Tarifstruktur, die ~~auch~~spürbare ökonomische Anreize zur besseren Trennung schafft, das heißt, den Restabfall zukünftig stärker belastet und die ~~jeweiligen ökologischen Kosten~~ ausdrücktBioabfalltonne entgeltfrei macht. Wir sind davon überzeugt, dass die Berliner*innen ihren Müll korrekt entsorgen, wenn klar wird, ~~wieso dies ökologisch angebracht ist~~welcher hohe ökologische Nutzen erzielt werden kann und was genau mit dem Abfall geschieht.

Begründung

Zeile 40: Der Ausbau der Müllverbrennungsanlage würde die Vermeidung, sowie Wiederverwendung und das Recycling konterkarieren und letztlich die Zero-Waste Zielsetzung unterlaufen.

Zeile 42: Nötig ist eine nachhaltige Informations- und Motivationskampagne.

Zeile 43 / 44: Ohne eine entgeltfreie Biotonne (Finanzierung über die Restmülltonne/ Grundgebühr) fehlen das starke Signal und die Anreizwirkung, die zu einer Qualitäts- und Quantitätsoffensive für die Bioabfallsammlung nötig sind.

Zeile 45: Umsetzung des Zero-Waste Zieles

Weitere Unterstützer*innen: Marion Hasper (LAG Umwelt), Christoph Sonnenberg-Westeson (KV Spandau), Hans Jörg Henning (KV Steglitz-Zehlendorf), Georg Kössler (KV Neukölln)

L-01-045 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Dr. Wolfgang Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu L-01

In Zeile 45 einfügen:

wenn klar wird, wieso dies ökologisch angebracht ist und was genau mit dem Abfall geschieht.

einzuschieben ist: "Und mit dem Bioabfall zusammen mit dem Schwarzwasser". der ganze Satz lautet dann:

Wir sind davon überzeugt, dass die Berliner*innen ihren Müll korrekt entsorgen,

wenn klar wird, wieso dies ökologisch angebracht ist und was genau mit dem Abfall und mit dem Bioabfall zusammen mit dem Schwarzwasser geschieht.

Begründung

Bioabfall und Schwarzwasser werden als Einheit gesehen.

L-01-051 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Peter Schrage-Aden (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu L-01

In Zeile 51 einfügen:

bedroht sind. Hier müssen wir gegensteuern!

Wir wrden die Beschaffungsrichtlinie VwVBU, die die öffentliche Hand bindet, konsequent umsetzen und insbesondere des Mehrweggebot bei allen Verträgen der öffentlichen Hand konsequent anwenden und dafür Empfehlungen und Hilfestellungen für die Verwaltung erarbeiten.

Begründung

Es gibt in Berlin seit 25 Jahren ein Mehrweggebot für die öffentliche Hand, zuletzt konkretisiert in der VwVBU, das aber nicht angewand wird. Schon 91 wurden auf der Grundlage z.B. in Zehlendorf abfallsarme Straßenfeste durchgeführt und entsprechende Auflagen bei Vermietung und Verpachtung ausgearbeitet. Dieses ist in Vergessenheit geraten. Auflagen dahingehend zu formulieren gilt als spießig. Die vor 20 Jahren existierende Infrastruktur - z.B. Geschirrmobile - ist fast zusammengebrochen. Hier muß der Senat und die Bezirke deutlich machen, dass sie es ernst meinen mit der Abfallvermeidung und entsprechende Regelwerke erstellen.

Redaktioneller Hinweis: Es gibt seit 17 Jahren keine Umweltämter mehr in Berlin sondern Umwelt- und Naturschutzämter!!

L-01-051-2 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Dr. Wolfgang Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu L-01

In Zeile 51 einfügen:

bedroht sind. Hier müssen wir gegensteuern!

(stofflicher und werkstofflicher Verwertung)

Begründung

Geräte etc. werden werkstofflich genutzt. Die Repair-Cafes reparieren werkstofflich. Deshalb muss werkstofflich hinzugefügt werden.

L-01-051-3 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu L-01

In Zeile 51 einfügen:

bedroht sind. Hier müssen wir gegensteuern! Wir wollen die entsprechende Verwaltungsvorschriften im Sinne des Leitbilds "Zero Waste" weiter schärfen, die Wertgrenzen für eine ökologische Beschaffung wieder auf 500 Euro senken. Die öffentliche Hand muss grundsätzlich umweltfreundlich und verpackungsarm beschaffen ("Green Public Procurement").

Begründung

Die 500 Euro sind aktuelle grüne Beschlusslage und sollten sich auch hier in diesem Antrag wiederfinden. Mit dieser Position sollten wir in die Verhandlungen mit den Koalitionspartnern gehen und versuchen, den 500 Euro möglichs nahe zu kommen. (Rot-Schwarz hatte die Wertgrenzen, ab der ökologisch beschafft werden muss, noch auf 10.000 Euro heraufgesetzt.)

L-01-063 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Dr. W. Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu L-01

Nach Zeile 63 einfügen:

...schlagen wir die Beurteilung der Obsoleszenz sowie die Betrachtung der Lebenswege von Produkten vor.
Ebenso schlagen wir eine einfach aufbereitete....

Begründung

Der Zusammenhang kann über Obsoleszenz, d.h. mehr Abfall durch mehr Umsatz, hergestellt werden.

L-01-070 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Nicole Holtz (Berlin-Reinickendorf KV)

Änderungsantrag zu L-01

Nach Zeile 70 einfügen:

- Neben dem Kampf gegen Einwegbecher haben Städte wie Seattle und Länder wie Schottland und Frankreich bereits auch Plastikstrohhalm und Plastikbesteck den Kampf angesagt. Ab Juli 2018 wird es in Seattle ein Verbot von Strohhalmen aus Kunststoffen in Restaurants und Bars geben. Schottland plant aktuell ein landesweites Verbot für 2019. Frankreich hat ein Verbot erlassen, nach dem Einwegbesteck ab 2020 nur noch aus kompostierbarem Material sein darf. Wir wollen diesen positiven Beispielen folgen und prüfen entsprechende Verbote von Plastikstrohhalm und Plastikbesteck für Berlin.

Begründung

Mit dem Ideal der „Zero-Waste-Stadt“ vor Augen sollten wir Grüne neben dem „Better World Cup“ auch noch bei weiteren konkreten Produkten ansetzen, um insbesondere Kunststoffmüll gänzlich zu vermeiden.

Die im Antrag genannten Beispiele zeigen, dass dies im Fall von Plastikstrohhalm und Plastikbesteck durchaus bereits machbar ist. Wer auf Strohhalme nicht einfach verzichten möchte, für den gibt es beispielsweise Glas, Papier- oder Bambusstrohhalm, im Fall von Besteck gibt es beispielsweise Besteck aus Holz oder essbares Besteck aus Hirse oder Reis als Alternative.

Der Effekt wäre dabei durchaus beachtlich. So werden deutschlandweit aktuell jährlich 40 Milliarden Plastiktrinkhalm verbraucht. Aufgrund von geringer Größe und Gewicht von Strohhalmen ist die Gefahr, dass diese nicht korrekt über die Abfalltonne entsorgt werden, sondern in der Umwelt landen, zudem besonders groß.

Weitere Antragsunterstützer: Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Eva Plonske (KV Kreisfrei), Jutta Helm (KV Reinickendorf), Reinhard Koppenleitner (KV Reinickendorf), Marius Pöthe (KV Reinickendorf)

L-01-070-2 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu L-01

In Zeile 70 einfügen:

- wie es von vielen Initiativen und Umweltverbänden gefordert wird. Sollte ein Mehrwegsystem für "Coffee to go"-Becher sich am Markt nicht alleine durchsetzen, wollen wir bis zu Einführung einer EU-Verpackungssteuer eine Berliner Abgabe auf Einwegbecher. Die Berliner Universitäten haben damit bereits große Fortschritte erzielt.

Begründung

Wir versuchen es ja mit guten Angeboten (Better World Cup, reCup...), doch die Zahl der Einwegbecher sinkt bisher einfach nicht! Manche Akteure wie das Studienwerk aber auch andere Staaten gehen bereits den direkten Weg: Ein finanzieller Anreiz.

Was bei Plastiktüten (zum Teil) funktioniert, sollte auch bei den Einwegbechern gehen. Lasst uns sagen, dass wir dieses Instrument durchaus auf dem Tisch haben wollen!

L-01-081 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Dr. W. Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu L-01

Nach Zeile 81 einfügen:

- Die Wassertröpfchen aus Trinkbrunnen müssen ergänzt werden durch größere Wassermengen, um Kühlung durch Verdunstung durch Pflanzen zu erreichen. Ein Baum verdunstet z.B. 400 Liter Wasser. Eine Wasserquelle wäre behandeltes Grauwasser. Bei dieser Vorgehensweise könnten kühlere Mikroklimata aufrecht erhalten werden.

Begründung

Grauwasser kann zur Schaffung eines Mikroklimas verwendet werden.

L-01-081-2 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu L-01

In Zeile 81 einfügen:

- und ein ökologischer Irrwitz ist. Deshalb werden wir den Verkauf solcher in öffentlichen Gebäuden und Liegenschaften bis zum Ende der Legislatur einstellen und werden dazu auch z.B. Lizenzen für Kioskbetreiber oder Catering-Ausschreibungen anpassen.

Begründung

Egal ob Abgeordnetenhaus-Kantine oder Kiosk auf dem Tempelhofer Feld, wir haben Einfluss auf das, was da angeboten wird. Lasst uns beide Instrumente nutzen: Anreize und Ordnungspolitik. Mit unserem 1 Mio. €-Trinkwasserbrunnen-Programm beginnen wir den flächendeckenden Ausbau des Angebots. Deshalb dürfen wir langsam auch mit der Einschränkung des Verkaufs beginnen.

L-01-086 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Dr. W. Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu L-01

Nach Zeile 86 einfügen:

Plastikfreies Einkaufen kann auch durch Wiederbelebung des alten Einkaufnetzes unterstützt werden. Es lässt sich auf ein unscheinbar kleines Volumen zusammenfalten bzw. auf 5 bis 10 Liter ausweiten, um Lasten aufzunehmen.

Begründung

Plastikfreies Einkaufen kann durch das früher so oft verwendete Einkaufnetz unterstützt werden

L-01-093 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Nikolai Wolfert, KV Pankow

Änderungsantrag zu L-01

In Zeile 93 einfügen:

- und Enden entwickeln sich Initiativen und Start Ups, die altes wiederverwenden,

Begründung

Schreibfehler

L-01-104 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Nikolas Becker (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-01

In Zeile 104 einfügen:

- sind. Wir wollen uns außerdem für ein „Recht auf Reparatur“ einsetzen, das Hersteller von Geräten verpflichtet, Ersatzteile anzubieten sowie Reparaturanleitungen zu veröffentlichen.

Begründung

Oft „lohnt“ sich eine Reparatur von Elektrogeräten aus ökonomischen Erwägungen für den Verbraucher nicht. Durch entsprechende Offenlegungs- und Dokumentationspflichten für Hersteller könnten Reparaturen vereinfacht somit auch günstiger werden. Gleichzeitig sollen Hersteller angehalten werden, auch langfristig Ersatzteile und Software-Aktualisierungen bereit zu stellen, um Reparaturen zu ermöglichen. Ein solches „Recht auf Reparatur“ wird daher von vielen Verbraucherschützern wie dem Verbraucherzentrale Bundesverband gefordert. Entsprechende Gesetze wurden bereits von mehreren U.S.-Bundesstaaten verabschiedet. Auch Berlin sollte eine Vorreiterrolle in der Reparatur-Bewegung einnehmen und sich für ein „Recht auf Reparatur“ einsetzen.

L-01-132 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Gudrun Pinn (LAG Umwelt)

Änderungsantrag zu L-01

In Zeile 132 einfügen:

- Möglichkeit durchaus zunehmend. Zukünftig soll ein Biogutaufkommen (basierend auf Untersuchungen der Senatsumweltverwaltung) von 85.000 Tonnen pro Jahr zusätzlich abgeschöpft werden, um den Einstieg in die Zero-Waste Zielsetzung zu beginnen. Leider gibt es die Biotonne noch nicht überall und nur

Von Zeile 136 bis 139:

- Bioabfällen aus allen Haushalten zur kommunalen Pflicht gemacht hat. Unter grüner Regierungsbeteiligung wird das anders: der Anschluss- und Benutzungszwang wird umgesetzt. Die Koalition macht nun ernst mit der flächendeckenden Sammlung des Bioabfalls. So ist es im Koalitionsvertrag verabredet und nur so lässt sich die dort ebenfalls vereinbarte Zero-Waste-Strategie umsetzen

In Zeile 156 löschen:

- Haushalten anbieten, bei Aufstellung einer Biotonne ihren Restmüll zu reduzieren.

Begründung

Zeile 132: Die Zielvorgabe ist umsetzbar, zumal bei einem Wachstum der Bevölkerung und einer flächendeckenden Bioabfallsammlung deutlich mehr Bioabfall zu erwarten ist.

Zeile 137: Mit einem Anschluss- und Benutzungszwang und einer entsprechenden Kontrolle bzw. Beratung ist das notwendige Instrument gegeben, mit dem die Umsetzung realisiert werden kann.

Weitere Unterstützer*innen: Marion Hasper (LAG Umwelt), Christoph Sonnenberg-Westeson (KV Spandau); Hans Jörg Henning (KV Steglitz-Zehlendorf)

L-01-144 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Gudrun Pinn (LAG Umwelt)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 144 bis 148:

- Mit der verbindlichen Ausweitung der ~~Biosammlung~~ Bioabfallsammlung, für die es nur wenige Ausnahmen bei gesicherter Eigenkompostierung geben darf, muss die hochwertige stoffliche und energetische Verwertung ~~der organischen Abfälle optimiert~~ aller Berliner Bioabfälle sichergestellt werden. ~~Sollte~~ Da bereits jetzt vor ~~dem~~ Hintergrund der konkreten Stoffströme Kapazitäten für die Vergärung fehlen, müssen diese Kapazitäten durch eine weitere Vergärungsanlage geschaffen werden, die eine Klimagasentlastung schafft und bis 2021 betriebsbereit ist. Denn ~~es gilt~~ einer möglichen Klimabelastung durch eine minderwertige Verwertung zusätzlicher Bioabfallmengen wollen wir frühzeitig entgegenzutreten, für uns gilt: vergären geht vor

In Zeile 156 löschen:

- Haushalten anbieten, bei Aufstellung einer Biotonne ihren Restmüll zu reduzieren.

Begründung

Zeile 145 / 146: Schärfung und Konkretisierung in der Formulierung, um sicherzustellen, dass ein ökologischer Nutzen erzielt wird.

Zeile 146 / 148: Konkretisierung der Zeitschiene und Sicherstellung einer hochwertigen Verwertung! Für Planung und Bau einer klimatauglichen Vergärungsanlage werden ca. 3-4 Jahre benötigt.

Weitere Unterstützer*innen: Marion Hasper (LAG Umwelt), Georg Kössler (KV- Neukölln), Christoph Sonnenberg-Westeson (KV Spandau), Hans Jörg Henning (KV Steglitz-Zehlendorf)

L-01-156 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Nicole Holtz (Berlin-Reinickendorf KV)

Änderungsantrag zu L-01

In Zeile 156 löschen:

- Haushalten anbieten, bei Aufstellung einer Biotonne ihren Restmüll zu reduzieren.

In Zeile 165 einfügen:

- Gewerbeabfall an die BSR und die Abfälle werden deshalb verbrannt. Uns ist klar: Wenn nie bei den

Begründung

Grammatikalische Korrektur (denn wir wollen ja keine Geschäftsleute verbrennen)

Weitere Antragsunterstützer: Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Eva Plonske (KV Kreisfrei), Jutta Helm (KV Reinickendorf), Reinhard Koppenleitner (KV Reinickendorf), Marius Pöthe (KV Reinickendorf)

L-01-156-2 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Dr. W. Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu L-01

In Zeile 156 löschen:

- Haushalten anbieten, bei Aufstellung einer Biotonne ihren Restmüll zu reduzieren.

Nach Zeile 169 einfügen:

- - Wichtig ist außerdem das Mitgehen der Güterproduktion, des Handels, des Gewerbes, des Handwerks und der vielen sonstigen Betriebe zur Verwirklichung unserer Zero-Waste Vision der ökologischen Stadtgestaltung in Berlin. Seit August letzten Jahres gilt die novellierte Gewerbeabfallverordnung mit ihren neuartigen Anforderungen und Dokumentationspflichten zur getrennten Sammlung von Gewerbeabfällen. Auch für diese Zielgruppen werden wir weitergehende Informationsangebote bereitstellen, damit zeitnah alle qualitativ hochwertig recycelbaren Abfälle in den Verwertungskreislauf eingebracht werden. Momentan übergeben immer noch zu viele Gewerbetreibende ihre Gewerbeabfälle als gemischten Gewerbeabfall an die BSR und werden in der vorgeschlagenen der MVA vorgeschalteten MBA sortiert und dann erst verbrannt. Uns ist klar: Wenn nie bei den Betrieben nachgefragt und nachschaut wird, passiert zu wenig. Wir brauchen auch einen funktionierenden Vollzug, der von den bezirklichen Umweltämtern gewährleistet werden muss. Nicht nur für diese Aufgabe wollen wir die bezirklichen Umweltämter wieder personell stärken und somit als handlungsfähigen Partner an unserer Seite wissen.

Begründung

Ergänzungen zur Güterproduktion, der Terminologie und zu dem Vorschlag, der MVA eine MBA vorzuschalten.

L-01-156-3 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Gudrun Pinn (LAG Umwelt)

Änderungsantrag zu L-01

In Zeile 156:

- Haushalten ~~anbieten~~ zusätzliche Möglichkeiten und Anreize bieten, bei Aufstellung einer Biotonne ihren Restmüll und dessen Abholkosten weiter zu reduzieren.
Dafür gilt es, das Mindestabfallvolumen der Restmülltonne auf 15 Liter pro Haushalt und Woche zu senken und einen entsprechend günstigen Tarif für „Restmüllsparer“ mit einer kleinen bzw. seltener abzuholenden Tonne zu schaffen.

Begründung

Zeile 156: Für eine reale Gebühreneinsparung der Bürger ist die verbleibende Restmüllmenge entscheidend. Kann z.B. die Restmülltonne 14-tägig abgeholt werden, halbieren sich die Kosten. Ein solches Modell besteht bei der Hamburger Stadtreinigung bereits in der Praxis.

Weitere Unterstützer*innen: Marion Hasper (LAG Umwelt), Christoph Sonnenberg-Westeson (KV Spandau), Hans Jörg Henning (KV Steglitz-Zehlendorf), Georg Kössler (KV Neukölln)

L-01-176 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Dr. W. Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu L-01

In Zeile 176 einfügen:

bestreiten.

Mit ihr wollen wir das Konzept der Stadt-Land-Partnerschaft umsetzen.

Die BWB sind ebenso sehr modern und innovativ. Mit ihr wollen wir das Konzept des Paradigmenwechsels und der Stadt-Land-Partnerschaft umsetzen. Mit den BWB wollen wir neue Wege gehen. Pilotprojekte mit Abwassertrennung in Grau- und Schwarzwasser in Neubaugebieten, deren separate Behandlung und Recycling der Nährstoffe sollen durchgeführt werden.

Begründung

BSR und BWB sind starke Partner zur Umsetzung der ökologischen Stadterneuerung

L-01-192 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Nicole Rudner (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu L-01

In Zeile 192 einfügen:

Stiftung Naturschutz gefördert werden können, ausbauen und fördern. Hierzu gehört auch ein Bewusstsein zu schaffen für die fatale Müllproduktion durch online-Einkäufe und die entsprechenden Lieferservices.

Begründung

Durch zunehmende online-Einkäufe entsteht nicht nur zusätzliches Verkehrsaufkommen in der Stadt durch Lieferservice sondern auch Unmengen von Verpackungsmüll. Da nützt es auch nichts, wenn alle Kartons schön in die Papiercontainer gepackt werden. Insgesamt ist das sicherlich keine waldschonende Verhaltensweise. Die Frage ist, wie die externen (Umwelt)Kosten angemessen in die neuen Geschäftsmodelle eingepreist werden können, wie man gezielt Anreize setzt, dieses Thema mit wachsender Bedeutung nicht unter den Tisch fallen zu lassen.

L-01-192-2 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Dr. W. Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu L-01

In Zeile 192 einfügen:

Stiftung Naturschutz gefördert werden können, ausbauen und fördern.

Die Hersteller der Produkte sind gefordert, Obsoleszenz zu betrachten und Wiederverwertbarkeit der Komponenten gebauter Geräte und Anlagen bei End-of-Life zu verwirklichen. Dies ist ein dynamischer Prozess, der normativ und regulativ unterstützt und begleitet wird. Die Schweiz ist Vorbild im Recyclen von Bauschutt, der zu 95% zu Baumaterial umgewandelt werden kann. Es gibt dort zwar eine Verordnung für den Abriss von Gebäuden, aber nicht für den Neubau, solche Materialien aus Altbauten zu verwenden.

Begründung

Umweltfreundliche Herstellung von Produkten, die geringe Müllmengen erzeugen

L-01-213 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger

Änderungsantrag zu L-01

In Zeile 213 einfügen:

gepflegte und hochwertige Grünanlagen wirklich umsetzen zu können. Und gerade Anwohner*innen, die aufgrund eines gestiegenen Besuchsaufkommens im Kiez häufig auch mit einem erhöhten Müllaufkommen im öffentlichen Raum belastet sind, sollen bei der entsprechenden Beseitigung durch die BSR nicht noch zusätzlich durch höhere Reinigungsgebühren zur Kasse gebeten werden.

L-01-231 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller*in: Dr. W. Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu L-01

In Zeile 231 einfügen:

Die ersten Schritte dazu sind bereits getan, viele weitere werden noch folgen.

Berlin wird nicht nur sauberer, sondern auch ökologischer. Trotz einer wachsenden Stadt werden wir den Müll verringern, Abwasser mittels Paradigmenwechsels nutzen, die Stadt-Land-Verbindung ausbauen und die „Müllhauptstadt Berlin“ zur Stadt der ökologischen Erneuerung Zero-Waste-Stadt umbauen.

Begründung

Müll ist eine wichtige Komponente zur ökologischen Stadterneuerung. Unser Anspruch, Müll zu minimieren, beginnt bei der Güterproduktion, vereint die Potentiale von Abfall und Abwasser, geht zur Optimierung des Recyclings von Ressourcen eine Stadt-Land-Partnerschaft ein und schaltet der MVA eine MBA vor. Das ist das ganzheitliche Konzept, um auf dem Weg zur ökologischen Stadterneuerung Erfolg zu verz eichnen.

L-02-001-2 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Dirk Jordan

Titel

Ändern in:

Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität verbessern!

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 1:

Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität ~~sichern~~verbessern!

Begründung

Auch in der Überschrift soll es statt "sichern" "verbessern" heißen

Diese Änderungen werden unterstützt von:

Hans-Jürgen Kuhn, LAG Bildung

Jörg Staudemeyer, LAG Bildung

Ingrid Lienke, KV Charl-Wilm + AK KiJuFa

L-02-014 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Gökhan Akgün (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 14 einfügen:

Erzieher*innen und anderen Fachkräften in Kitas, Kinderläden, [Ganztagschulen](#)

Begründung

An Berliner Ganztagschulen arbeiten mehr als 7500 Erzieher*innen. Daher müssten die Ganztagschulen als Arbeitsort von Erzieher*innen mit aufgezählt werden!

L-02-015 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Cordula Streich und Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 15 bis 16:

endlich den nötigen Respekt für ihre Aufgabe entgegenbringen. ~~Das~~Nach dem Prinzip „Ungleiches ungleich behandeln“ wollen wir in besonders benachteiligten Stadtteilen die herausfordernden Arbeitsbedingungen der Erzieher*innen durch zusätzliches Personal verbessern. Darüber hinaus drückt sich natürlich unsere Wertschätzung - nicht nur, aber eben auch - in der Bezahlung aus~~—aber eben auch.~~
Bündnis 90/Die Grünen Berlin setzen sich

L-02-017 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Gökhan Akgün (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 17 einfügen:

deshalb für eine deutlich bessere Bezahlung von Erzieher*innen ein. Nach Deutscher Qualifikationsrahmen (DQR) wird der Beruf der Erzieher*innen dem Niveau 6 zugeordnet, was einem Bachelorabschluss gleichzusetzen ist. Im Tarifvertrag der Länder (TV-L) wird ein Bachelorabschluss mit der Entgeltgruppe 9 bewertet. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Erzieher*innen, ähnlich wie Sozialarbeiter*innen, in die Entgeltgruppe 9 eingruppiert werden. Bis wir jedoch dieses Ziel erreichen, werden wir uns dafür einsetzen, dass im Rahmen der tariflichen Möglichkeit, mindestens zwei Erfahrungsstufen vorweg gewährt werden. Bei den Lehrkräften wird diese Möglichkeit bereits angewendet. Die Vorweggewährung von Erfahrungsstufen ist für das Land Berlin jetzt schon möglich! Erzieher*innen sind genauso wert, wie Lehrkräfte! Diese Praxis wird eine spürbar bessere Bezahlung mit sich bringen. Darüberhinaus setzen wir uns dafür ein, dass als Übergangslösung der Tarifabschluss für die Kommunalbeschäftigten aus die Landesbeschäftigten übertragen werden.

Wir werden auch dafür sorgen, dass Beschäftigte bei freien Trägern tariflich den Beschäftigten im öffentlichen Dienst gleichgestellt werden. Damit schaffen wir die Bedingungen für eine gleiche und gerechte Bezahlung aller Erzieher*innen. Dafür werden wir die Landesgesetzen und Rahmenvereinbarungen bzw. Finanzierungsverordnungen, die Regelungen zum Nachweis der Mittelverwendung präzisieren und die Zuschussgewährung an den Nachweis tarifvertraglicher Entgeltleistungen zu koppeln.

Begründung

1. Eine "deutlich bessere Bezahlung" ist eine ungenaue Formulierung. Die Formulierung ist auch sehr subjektiv. Berlin kann bereits tariflich Erzieher*innen besser bezahlen.
2. Die Zuwendungen der Länder und die Beteiligung der Kommunen werden über Vereinbarungen mit den Einrichtungsträgern entweder in Form von pauschalisierten Entgelten oder auf der Grundlage der Abrechnung tatsächlicher Kosten abgewickelt. Dabei werden Personalkosten in der Regel bis zur Höhe der im TVöD/TVL vorgesehenen Beträge angesetzt, sofern nicht andere Tarifverträge für die Ermittlung der Personalkosten maßgeblich sind. Während die öffentlichen Träger per se Personalkosten in Höhe der Tarife des öffentlichen Dienstes aufzuwenden haben, sind freie Träger ohne Tarifbindung zunächst nicht daran gebunden. Es sei denn, sie werden veranlasst, gegenüber dem öffentlichen Zuwendungsgeber darüber oder über die Anwendung eigener Tarifverträge einen Nachweis zu erbringen.

L-02-020 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Gökhan Akgün (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 20 einfügen:

Für die Zukunft unserer Gesellschaft leisten Kitas, Kinderläden und die Kindertagespflege, die Ganztagschulen

Begründung

Wir dürfen die 7500 Erzieher*innen an Ganztagschulen nicht vergessen!

L-02-021 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Deniz Yildirim (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 21 bis 22:

einen unschätzbar wertvollen Beitrag. Einem Kind – unabhängig vom sozialen ~~oder kulturellen~~
Hintergrund oder (zugeschriebenem) Migrationshintergrund

Von Zeile 25 bis 27:

Elternhaus und der damit erfahreneren Diskriminierung. ~~Viel zu häufig gilt: Wer arm geboren ist, wird auch arm sterben.~~ Diese Tatsache wollen wir nicht hinnehmen und kämpfen für mehr Chancengerechtigkeit. Um diese zu erreichen, muss ~~man~~ so früh wie möglich ~~beginnen;~~ begonnen werden; wenn Kinder in die Schule kommen, sind die

Begründung

Chancengerechtigkeit - bzw. die Diskriminierung, die Chancengerechtigkeit verhindert, ist abh. vom sozialen Status und der (zugeschriebenen) Migrationsgeschichte. Gerade für Kinder und Jugendliche zeigt sich ganz unabh. vom sozialen Status, dass sie aufgrund des MHs diskriminiert werden! Da beide Merkmale zu Diskriminierung führen, müssen auch beide Merkmale im Absatz konsequent durchdekliniert werden.

L-02-026 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Vito Dabisch (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 26 löschen:

wollen wir nicht hinnehmen und kämpfen für ~~mehr~~ Chancengerechtigkeit. Um diese zu erreichen,

Begründung

unnötige Einschränkung.

L-02-026-2 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Vito Dabisch (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 26 bis 28:

wollen wir nicht hinnehmen und kämpfen für mehr **Chancengerechtigkeit**Chancengleichheit. Um diese zu erreichen, muss man so früh wie möglich beginnen; wenn Kinder in die Schule kommen, sind die wichtigsten Grundlagen längst gelegt. Wer **Chancengerechtigkeit**Chancengleichheit erreichen will, muss früher

Begründung

Grüne Politik sollte sich immer daran orientieren, allen Kindern die gleichen Chancen zu geben, ein glückliches Leben zu führen. Das Konzept der Chancengerechtigkeit kommt aus konservativen Kreisen und kann genutzt werden, um Ungleichheit zu legitimieren.

Für mehr Hintergrund, Nikolai und Rothe (2013: 552):

”Chancengleichheit umfasst die Forderung, dass alle Kinder so gefördert werden, dass sie unabhängig

von der Herkunft die gleichen Chancen haben, einen bestimmten (Ziel-)Status (z. B. die Hochschulreife) zu erreichen. Chancengerechtigkeit zielt darauf ab, dass Schüler unterschiedlicher Herkunft unter der Bedingung gleicher Leistungen die gleichen Chancen haben sollen, einen bestimmten (Ziel-)Status zu erlangen (Meulemann 2013: 321 f.). Bei der Chancengerechtigkeit werden somit eventuell vorhandene herkunftsbedingte Begabungs- und Leistungsvorteile toleriert, während bei Chancengleichheit die herkunftsbedingten Leistungsvorteile als ungerecht empfunden werden und durch schulische Maßnahmen ausgeglichen werden sollen. Das, was in der bildungspolitischen Debatte mit den Begriffen der Chancengerechtigkeit versus Chancengleichheit verbunden wird, findet seine Entsprechung in philosophischen Gerechtigkeitsdiskursen. So unterscheidet beispielsweise Kersting (2007: 203 f.) zwischen einer schwachen Chancengleichheit (hier Chancengerechtigkeit) und einer starken Chancengleichheit (hier Chancengleichheit) bzw. zwischen einer flachen und einer tiefen Chancengleichheit (Kersting 2010). Während bei der flachen Chancengleichheit der Zugang zu einem offenen und differenzierten Bildungssystem für alle ausreicht, sucht die tiefe Chancengleichheit herkunftsbedingte Benachteiligungen auszugleichen.”

Nikolai, Rothe (2013): Konvergenz in der Schulstruktur? Programmatik von CDU und SPD im Vergleich, Zeitschrift für Politikwissenschaft, 23 (4), 545-572.

L-02-029 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Dirk Jordan, LAG Bildung

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 29 einfügen:

ansetzen – und zwar bei den Kleinsten, in der Krippe und der Kita.

Was ist zu tun? Zum einen müssen die Erzieher*innen deutlich in allen Bereichen gestärkt werden und zum anderen muss die gesellschaftliche Funktion der Kitas als Bildungseinrichtung und Pfeiler gesellschaftlichen Zusammenhalts weiterentwickelt werden.

I. Stärkung der Erzieher*innen

Begründung

diese Einfügung als L02 01 streichen

L-02-039 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Gökhan Akgün (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 39:

Gleichzeitig leistet das pädagogische Personal ~~in Krippen, Kindertagespflege und Kitas~~ auch deshalb

Von Zeile 49 bis 54:

~~Und auch die Rolle der Kita beim Thema Integration und Inklusion kann kaum überschätzt werden. Im Kitaalter sind Kinder noch offen und kaum von Vorurteilen und eingeübten Verhaltensmustern beeinflusst. Sie spielen miteinander ohne Rücksicht auf Hautfarbe, Herkunft oder Beeinträchtigung. Wer in der Kita einen selbstverständlichen Umgang mit Menschen mit unterschiedlichsten Hintergründen und Menschen mit und ohne Behinderung lernt, wird auch in der Schule und im späteren Leben damit selbstverständlich umgehen. Inklusion bedeutet, dass Kinder und Erwachsene sich auch mit Vorurteilen auseinandersetzen. Ja, auch Kinder haben Vorurteile! Daher werden wir dafür uns einsetzen, dass vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung ihren Platz in den pädagogischen Einrichtungen findet! Außerdem werden wir mehr PoC's für die pädagogischen Einrichtungen gewinnen!~~

In Zeile 94 einfügen:

so dass sich die realen Bedingungen in den Kitas besser abbilden lassen. Wir fordern auch, dass die Fachkraft-Kind-Relation, sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert. Diese bilden die Mindeststandards.

In Zeile 122 löschen:

~~bekommen, wie zum Beispiel betriebliche Altersvorsorge und Vergünstigungen beim ÖPNV.~~

Von Zeile 124 bis 127 löschen:

~~können. Erzieher*innen brauchen nicht nur eine bessere Bezahlung, sondern auch mehr Zeit. Wir fordern, dass mit der Einführung der Kind-Fachkraft-Relation nicht nur Urlaubs- und Krankheitszeiten Berücksichtigung finden, sondern auch geregelte Pausenzeiten eingeführt werden.~~ Außerdem muss endlich ausreichend Zeit für die mittelbare pädagogische Arbeit, also

Von Zeile 154 bis 160 löschen:

~~beitragen. Hamburg gründet seine erste berufliche Hochschule; Ausbildung und Studium laufen hier parallel. Ein solches Modell muss auch für Berlin geprüft werden. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass Menschen heutzutage ohnehin nicht mehr ihr Leben lang im selben Job sind, macht es Sinn, sie so zu qualifizieren, dass sie beispielsweise nach Ausbildung oder Studium für eine Weile in einer Kita als Erzieher*in arbeiten und die Aussicht haben, später spezialisierte Aufgaben bis hin zu Leitungsaufgaben zu übernehmen oder in einen anderen Bereich zu wechseln.~~

Von Zeile 172 bis 173:

Wer Erzieher*in werden will, braucht Abitur ~~oder~~, eine mindestens drei Jahre einschlägige Berufserfahrung, oder eine zweijährige Ausbildung als Sozialassistentin. Diese starren Voraussetzungen sagen jedoch nichts über die tatsächliche

In Zeile 202:

Ebenso gilt es, zugewanderte Menschen zu ~~befähigen~~ermöglichen

In Zeile 211 einfügen:

kann. Ebenso relevant ist auch die Förderung der Kinder in ihrer Erstsprache. Wir sehen die sprachliche

Vielfalt als Bereicherung! Daher müssen an Berufsoberschulen und Fachschulen für Sozialpädagogik, Arabisch, Türkisch und Russisch als Wahlpflichtfach angeboten werden

In Zeile 226 einfügen:

ausgebaut und entsprechend qualifiziert werden. Nichtsdestotrotz müssen Fachkräfte über pädagogische Qualifikationen verfügen. Wir werden uns daher für die berufsbegleitende Nachqualifizierung dieser Professionen einsetzen.

In Zeile 289 einfügen:

sowie dauerhaft ausreichend ausfinanziert werden. Doch ebenso muss sich Berlin an wissenschaftlich begründeten Mindeststandards orientieren.

In Zeile 291 einfügen:

Deshalb wollen wir echte Mitspracherechte für für alle Eltern. Zudem wir bunte Elternvereine mit unterschiedlichen sprachlichen, sexuellen und kulturellen Hintergründen dazu zählen.

Bezirkselfternausschüsse sind

In Zeile 313 einfügen:

Begeisterung für Demokratie. Auch deshalb werden wir uns mit dem Thema "Qualität aus Kindersicht" auseinandersetzen.

In Zeile 326:

Kinderläden ~~und~~ Kindertagespflege und Ganztagschulen

In Zeile 331:

den Erzieher*innennachwuchs vor allem bei Männern ~~und~~, zugewanderten Menschen und PoC's aktivieren.

Begründung

Das Kinder keine Vorurteile haben, ist ein Irrtum! Fachlich ist dies unbestritten. Kinder haben Vorurteile!

Eine Betriebliche Altersvorsorge wird in Berlin bereits angeboten. Das vergünstigte Jobticket ebenso.

Geregelte Pausenzeiten schreibt das Arbeitszeitgesetz vor! Vielmehr müssen Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz geahndet werden.

Begründung warum der Fachkraft-Kind-Schlüssel sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren soll, wird mündlich erfolgen.

In Berlin wird bereits eine Hochschulausbildung als Erzieher*in / Kindheitspädagog*in angeboten. Der Studiengang ist auch berufsintegriert studierbar!

L-02-039-2 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Gökhan Akgün (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 39:

Gleichzeitig leistet das Personal in Krippen, Kindertagespflege ~~und~~ Kitas und Ganztagschulen

In Zeile 58 einfügen:

einen Kitaplatz ohne Bedarfsprüfung auf sieben Stunden ausgeweitet wurde. Die Abschaffung der Kitagebühren sollte für mehr Chancengleichheit sorgen und den kostenfreien Zugang zur frühkindlichen Bildung ermöglichen. Die Realität sieht leider anders aus. Zuzahlungen für Kurse und AG's werden erhoben, die Bereitschaft diese zu zahlen ist sogar all zu oft Bedingung für einen Kitaplatz. Der Geldbeutel der Eltern entscheidet somit immer noch über den Zugang zur Bildung. Dass neben nachvollziehbaren Zuzahlungen für Frühstück oder Vesper, hohe Summen für Kurse und Arbeitsgemeinschaften eingefordert werden verdeutlicht, den Kitas fehlen die Mittel, um Projekte, AG's und Kurse eigenständig anzubieten. Die beschlossene Deckelung der Zuzahlungen wird alleine daher das Problem nicht lösen. Wir setzen uns für eine die bessere finanzielle Ausstattung der pädagogischen Einrichtungen, damit kein Kind ausgeschlossen wird und alle Kinder die gleichen Bildungschancen erhalten!

Begründung

Erfolgt mündlich!

L-02-049 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Ulli Reichardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 49 bis 53:

Und auch die Rolle der Kita beim Thema Diversität, Integration und Inklusion kann kaum überschätzt werden. Im Kitaalter sind Kinder noch offen und kaum von Vorurteilen und eingeübten Verhaltensmustern beeinflusst. Sie spielen miteinander ohne Rücksicht aufnach Hautfarbe, Herkunft oder Beeinträchtigung zu unterscheiden. Wer in der Kita einen selbstverständlichen Umgang ~~mit Menschen mit unterschiedlichsten Hintergründen und Menschen~~ mit und ohne Behinderung gesellschaftlicher Vielfalt lernt,

Begründung

Erfolgt mündlich.

Weitere Antragsteller*innen/Unterstützer*innen:

Sebastian Walter, Maria Meisterernst, Claus Enbergs (KV Kreisfrei), Santina Wey (KV Tempelhof-Schöneberg), Pascal Striebel (KV Xhain)

L-02-054 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Bernd Schwarz

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 54 einfügen:

wird auch in der Schule und im späteren Leben damit selbstverständlicher

Begründung

erfolgt mündlich

L-02-054-2 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Vito Dabisch (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 54 einfügen:

wird auch in der Schule und im späteren Leben damit selbstverständlich umgehen. Leider sind Kinder aus verschiedenen Elternhäusern oft schon im Kitaalter getrennt, gerade Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache sind davon betroffen. Das läuft unserem Ziel von Integration und Inklusion durch Kita zuwider.

In Zeile 63 einfügen:

müssen bis zum Jahr 2021 weitere 25.000 Plätze in den Kindertagesstätten geschaffen werden. Doch auch den Tendenzen der sozialen und sprachlichen Segregation müssen wir entgegenwirken. Die Deckelung der Zuzahlung zum Kitabeitrag und Segregationsanalysen können dabei nur erste Schritte sein. Wir werden ein Konzept erarbeiten, das Segregation entgegenwirkt und prüfen dabei Anreizmodelle und Quotenregelungen.

Begründung

Bisher gehen wir nur implizit auf die Segregation von Kindern in Kitas ein, obwohl das unserem Ziel des gemeinsamen Spielens unterschiedlicher Schichten entgegensteht. Wir sollten das Problem benennen und uns Lösungen überlegen.

Weitere Informationen:

http://www.diw.de/de/diw_01.c.573947.de/themen_nachrichten/neue_diw_studien_unterstreichen_die_bedeutung_d

L-02-054-3 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin
Beschlussdatum: 15.04.2018

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 54 einfügen:

wird auch in der Schule und im späteren Leben damit selbstverständlich umgehen.

Kinder sollten sich individuell entwickeln und entfalten können, ohne dabei von Geschlechterklischees eingeschränkt zu werden. Deshalb ist es wichtig, dass Erzieher*innen dahingehend sensibilisiert sind und den Kindern keine vermeintlich genderspezifischen Verhaltensweisen antrainieren. Wenn schon in der Kita die Mädchen zum Basteln und Malen aufgefordert werden, während die Jungs draußen auf dem Spielplatz toben, wird den Kindern so der Eindruck vermittelt, dass ein Unterschied zwischen Geschlechtern ganz normal sei.

L-02-060 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Julian Schwarze, Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 60 einfügen:

Selbstverständlichkeit. Es darf kein Zustand bleiben, dass viele Eltern von Geburt an auf dutzenden Wartelisten für einen Kitaplatz stehen müssen.

Begründung

Sehr viele Eltern stehen vor dem Problem einen Kitaplatz zu finden, was zu dutzenden Einträgen auf Wartelisten sowie einem oft erheblichen Zeitaufwand führt. Das sollte im Antrag angesprochen werden.

L-02-064 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Bernd Schwarz (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 64 einfügen:

Zu wenig Platz und zu wenige Erzieher*innen sind aber keine neue Problemlage, hat aber aufgrund der Versäumnisse der letzten 15 Jahre eine dramatische Entwicklung genommen, in der zunehmend verzweifelte Eltern und Kinder nach langer Suche erfolgreich ihren Betreuungsplatz einklagen müssen und Großdemos für die Durchsetzung ihrer Rechte organisieren

Begründung

Ein grüner Leitantrag zum Kitabereich muss auf die aktuelle Notlage der Eltern eingehen.

Unterstützer*innen des Änderungsantrags:

Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Wolfgang Schmidt (LAG Gesundheit und Soziales)

Dirk Jordan (LAG Bildung)

Petra Vandrey (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

Markus Scheppe (KV Steglitz-Zehlendorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

Evgeniya Gataulina (AG Kinder, Jugend und Familie)

Sandy Nasr (KV Steglitz-Zehlendorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

Christoph Przeszlakowski (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

Barbara Schäfer (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

L-02-067 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Cordula Streich und Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 67 bis 70:

Unterstützung benötigen. ~~In einzelnen Gebieten von Spandau, Reinickendorf, Neukölln und auch in Mitte gibt es erheblichen Nachholbedarf an Kitaplätzen, damit der sozial- und bildungspolitische Auftrag der Kindertagesbetreuung auch wohnortnah erfüllt werden kann. Diese Regionen dürfen nicht weiter abgehängt werden.~~ In zu vielen Gebieten unserer Stadt hat sich ein Maß an Kinderarmut entwickelt, welches die Perspektiven vieler Kinder auf spätere Teilhabe an unserer Gesellschaft gefährdet. Nach dem Prinzip „Ungleiches ungleich behandeln“ werden wir Kitas in diesen besonders benachteiligten Stadtteilen deutlich stärker als bisher unterstützen, damit der sozial- und bildungspolitische Auftrag der Kindertagesbetreuung auch erfüllt werden kann. Um auch hier für alle Kinder gerechte Bildungschancen von Anfang zu ermöglichen, erhalten diese Pluskita eine zusätzliche Förderung von mindestens 25.000 Euro pro Kalenderjahr, denn wir können es uns nicht leisten Kinder in diesen Regionen weiter abzuhängen. Zentrales Ziel der plusKITAS ist daher die Bildungschancen dieser Kinder von Anfang an zu verbessern, indem sie Bildungsbenachteiligungen gezielt abbauen. Dazu ist es gleichfalls wichtig auch Eltern bei ihren Erziehungsaufgaben zu unterstützen und in die Verantwortung zu nehmen. Dazu werden wir auch weiterhin Familienhilfe und Kinderbetreuung in Familienzentren vernetzen und die Familienzentren und Familienbildungsstätten ausbauen und stärken: Wir setzen uns dabei insbesondere für einen engen Quartiersbezug und passgenaue Hilfsangebote ein. Familienzentren ebenso wie Stadtteilmütter oder Elternlots*innen sollen die Familien im Bereich Gesundheit und Ernährung beraten und unterstützen.

L-02-143 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: André Schulze (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 143:

Auf einem Arbeitsmarkt, an dem ~~fast-Vollbeschäftigung~~Fachkräftemangel

Begründung

Für einige Regionen Deutschland mag "fast Vollbeschäftigung" gelten. Berlin ist mit einer Arbeitslosenquote von 8,5 % (und einer Unterbeschäftigungsquote von 11,9 %) im März 2018 aber noch relativ weit davon entfernt. Daher sollte hier eher auf den Fachkräftemangel abgestellt werden.

L-02-181 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Gökhan Akgün

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 181 einfügen:

zufrieden zu geben. Gerade jetzt gilt es, eine langfristige Perspektive mit zu denken. Die öffentlichen Fachschulen werden durch die Schulaufsicht und Schulinspektion kontrolliert, unterstützt und begleitet. So müssen staatliche Schulen z.B. Qualitätsmanagement nachweisen. Obwohl 64% der Studierenden aber an Fachschulen in freier Trägerschaft ausgebildet werden, gelten diese Regelungen für diese Schulen nicht. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass staatliche und freie Schulen gleichbehandelt werden. Dazu gehören gleiche Ausbildungsstandards, vergleichbares Qualitätsmanagement, Schulinspektion auch für Schulen in freier Trägerschaft und vergleichbare Anforderungen an die Studierenden.

L-02-191 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Marvin Machalet (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 191 bis 201:

~~Erzieher*in ist viel zu häufig ein Frauenberuf. Schon von klein auf lernen Kinder so unterschwellig: Kindererziehung ist Frauensache. Da, wo es auch Erzieher gibt, sind Kinder, Eltern und Kitaleitungen in der Regel begeistert. Es tut den Kindern gut, unterschiedliche Rollenvorbilder zu haben. Dass schon allein eine bessere Bezahlung dazu führen wird, dass mehr Männer in die Kitas kommen, mag sich langfristig bewahrheiten — denn viel zu oft spielt die Bezahlung für Frauen bei der Berufswahl noch eine geringere Rolle als für Männer und sie sind eher bereit, einen weniger gut bezahlten Beruf auszuüben. Doch wir brauchen die Männer auch kurzfristig in den Kitas — denn neben den positiven Effekten, die das für den Kitaalltag mit sich bringen würde, schlummert hier noch unheimlich viel Potenzial, um dem Personalmangel entgegen zu wirken. Eine Image-Kampagne der Senatsverwaltung, die gezielt Männer dazu aufruft, Erzieher zu werden, kann hier einiges bewirken. Erzieher*in ist immer noch viel zu häufig ein Frauenberuf. Das wollen wir ändern. Es tut den Kindern gut, vielfältige Vorbilder zu haben. Eine Image-Kampagne der Senatsverwaltung, die die Attraktivität des Berufs und seinen gesellschaftlichen Wert herausstellt, und sich gezielt an alle Menschen wendet, kann hier einiges bewirken und veraltete Rollenbilder aufbrechen.~~

Begründung

Die bisherige Formulierung reproduziert die Rollenbilder, die sie eigentlich aufbrechen möchte. (Beispiel: Eine bessere Bezahlung wird dazu führen, dass mehr Männer in die Kitas kommen.) Die fehlende Geschlechtergerechtigkeit im Personalbereich ist ein gültiges Argument für sich und benötigt keine weiteren verstärkenden Argumente. Im Gegenteil - es verwässert die Intention. Auf das Problem des Personalmangels wird des Weiteren an anderer Stelle ausgiebig eingegangen.

L-02-211 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Ulli Reichardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 211 einfügen:

kann.

Kaum ein Ort spiegelt so sehr die Vielfalt und Diversität unserer Berliner Stadtgesellschaft wider wie unsere Kitas. Hier spielen und lernen Kinder zusammen - unabhängig von beispielsweise ihrer Sprache, ihrer Geschlechtsidentität, einer möglichen Behinderung, ihrer familiären oder sozialen Herkunft. Und auch unabhängig davon, ob sie aus einer Ein-, Zwei-Eltern-, Patchwork- oder Regenbogenfamilie kommen. Zugleich hat jedes Kind einen individuellen Anspruch auf Inklusion, Teilhabe, Barrieren- und Diskriminierungsfreiheit. Wir möchten die Erzieher*innen zum Umgang mit Diversität befähigen und schulen. Dafür wollen wir bedarfsgerechte, inklusive pädagogische Maßnahmen zur Sensibilisierung und Schulung in der Aus- und Fortbildung stärken und ausbauen. Wir begrüßen ausdrücklich die Handreichung der Bildungsinitiative QUERFORMAT, mit der pädagogische Fachkräfte im Umgang mit geschlechtlicher Vielfalt im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe unterstützt werden und weisen die ideologischen Vorwürfe von CDU und AfD als LSBTIQ-feindliche Stimmungsmache zurück. Darüber hinaus fordern wir eine rasche Einrichtung der Fachstelle "Queere Bildung" durch die Senatsbildungsverwaltung.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Witerer Antragssteller*innen/Unterstützer*innen: Maria Meisterernst, Sebastian Walter, Claus Enbergs (KV Kreisfrei), Santana Wey (KV Tempelhof-Schöneberg), Pascal Striebel (KV Xhain).

L-02-211-2 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Corinna Balkow (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 211 einfügen:

kann. Zur Anerkennung ausländischer pädagogischer Fachabschlüsse sollte Deutsch auf B1 Niveau nachgewiesen werden. Das dem muttersprachlichen gleichwertige C1 Niveau muss dann innerhalb der nächsten 3 Jahre erlangt werden.

Begründung

Das bisher geforderte Sprachniveau C1 wird zum Teil in Tests nicht einmal von Muttersprachlich Deutschen Menschen erlangt und stellt so eine große Hürde dar. Einbürgerungsbewerber*innen müssen mindestens das „Zertifikat Deutsch“ (Europäische Sprachkompetenzstufe B1) erworben haben.

L-02-260 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 260 einfügen:

(Kein) Platz für neue Kitas?! (Kein) Bestandsschutz für Kitas?!

In Zeile 275 einfügen:

Akquise von Grundstücken stärker unterstützt werden. Zu diesem Zweck ist es notwendig, dass das Land Berlin auch dafür wieder Flächen zurück bzw. ankauft. Die Senatsverwaltungen für Integration, Arbeit und Soziales sowie Stadtentwicklung und Wohnen stehen außerdem in der Pflicht, ein sogenanntes Generalmietermodell für soziale Träger und Kitas zu entwickeln wie es der Koalitionsvertrag bereits vorsieht. Das Land Berlin soll gezielt geeignete Räumlichkeiten anmieten und vergünstigt und mit möglichst langfristigen Verträgen an Träger weiter geben. Die Landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sollen außerdem mehr unterstützt werden bei der Bereitstellung von günstigen Gewerberäumen. Dazu soll die gezielte Gewerbevermietung z.B. für soziale Infrastruktur als Aufgabe in die Kooperationsvereinbarung zwischen Senat und den Landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften aufgenommen werden. Räumlichkeiten für Kitas, die aufgrund städtebaulicher Verträge von Investor*innen geschaffen werden, sollen möglichst durch das Land Berlin erworben werden, um diese langfristig zu schützen. Außerdem fordern wir schon lange ein soziales Gewerbemietrecht auf Bundesebene, das auch Kitas vor Kündigungen und überhöhten Mieten schützen soll. Eine entsprechende Bundesrats-Initiative wird dazu gerade vorbereitet.

Begründung

Konkrete Ergänzungen zum Schutz von Kitas und zur Schaffung neuer Räumlichkeiten durch das Land Berlin.

Mit-Antragsteller*innen: Marianne Burkert-Eulitz, Lisa Paus, Canan Bayram, Christoph Wapler, Julian Schwarze, Andreas Weeger

L-02-267 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Bernd Schwarz (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 267 bis 268:

auf einen Kitaplatz zu gewährleisten, ist AufgabePflichtaufgabe des Landes. DieTrotz der großen Flächenkonkurrenz können die Bezirke sind im Bereich Kita selbst kaumBildungseinrichtungen und integrierten Bildungsstandorten Vorrang einräumen und bei Neubauvorhaben noch handlungsfähigstärker auf städtebauliche Verträge für die Einbeziehung von Kitas setzen. Die Vielfalt der Instrumente muss angesichts der dramatischen Lage in Berlin über alle Ebenen hinweg ausgeschöpft werden.

Begründung

Bezirke sind nicht per se handlungsunfähig. Berlin hat als Einheitskommune den Rechtsanspruch umzusetzen. Wir Grüne beteiligen uns nicht am Verantwortungspingpong, sondern sehen die Herausforderung ganzheitlich.

Unterstützer*innen des Änderungsantrag:

Wolfgang Schmidt (LAG Gesundheit und Soziales)

Dirk Jordan (LAG Bildung)

Petra Vandrey (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

Markus Scheppe (KV Steglitz-Zehlendorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

Evgeniya Gataulina (AG Kinder, Jugend und Familie)

Sandy Nasr (KV Steglitz-Zehlendorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

Christoph Przeszlakowski (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

Barbara Schäfer (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

L-02-267-2 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Bernd Schwarz (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 267 einfügen:

auf einen Kitaplatz zu gewährleisten, ist Aufgabe des Landes. Hierzu gehört in Zusammenarbeit mit IHK und HWK auch die Förderung von Betriebskitas, die Sensibilisierung insbesondere der landeseigenen Betriebe sowie die Unterstützung aller Träger bei der Suche nach und dem Erwerb von Flächen u. a. durch die Ausweitung von Erbbaupachtverträgen und ein ausfinanziertes Neubauinvestitionsprogramm.

Begründung

Die Aufgabe des Landes sollte nicht nur genannt, sondern auch beschrieben werden.

Unterstützer*innen des Änderungsantrags:

Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Wolfgang Schmidt (LAG Gesundheit und Soziales)

Dirk Jordan (LAG Bildung)

Petra Vandrey (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

Markus Scheppe (KV Steglitz-Zehlendorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

Evgeniya Gataulina (AG Kinder, Jugend und Familie)

Sandy Nasr (KV Steglitz-Zehlendorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

Christoph Przeszlakowski (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

Barbara Schäfer (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

L-02-279 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Bernd Schwarz (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 279 einfügen:

gezielt durch Beratungsangebote und ausreichende finanzielle Gründungsförderung weiter unterstützen.
Die Verdrängung von Kinderläden aufgrund massiv steigender Gewerbemieten wollen wir verhindern.

Denn in der Vielfalt der Berliner Kitas

Begründung

Beratung allein reicht nicht immer aus. Es braucht weiterhin finanzielle Förderung. Die Forderung nach einem Gewerbemietenspiegel und einer Gewerbemietpreisbremse sollten wir weiterhin vertreten, um die Berliner Mischung in den Kiezen zu erhalten.

Unterstützer*innen des Änderungsantrags:

Wolfgang Schmidt (LAG Gesundheit und Soziales)

Dirk Jordan (LAG Bildung)

Petra Vandrey (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

Markus Scheppe (KV Steglitz-Zehlendorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

Evgeniya Gataulina (AG Kinder, Jugend und Familie)

Sandy Nasr (KV Steglitz-Zehlendorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

Christoph Przeszlakowski (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

Barbara Schäfer (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

L-02-283 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Bernd Schwarz (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 283 einfügen:

Wahlrecht der Eltern bei der Kitaauswahl auch wirklich gewährleisten.

Einige Eltern brauchen flexible Kinderbetreuung nicht nur in den Bildungseinrichtungen, sondern auch über deren Öffnungszeiten hinaus. Wir werden MoKiS, den Berliner mobilen Kinderbetreuungsservice für Eltern mit besonderen Arbeitszeiten, bei eben diesen Eltern bekannter machen und die ergänzende Kindertagespflege weiter ausbauen. Die Möglichkeiten einer Kinderbetreuung zuhause in den Randarbeitszeiten inklusive eines Bring- und Abholservices ist kindgerecht und erleichtert vielen Alleinerziehenden und Eltern im Schichtdienst die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Begründung

Die Ermöglichung flexibler Kinderbetreuung (auch durch Angehörige) innerhalb des Gutscheinsystems ist ein grüner Erfolg, dessen Durchschlagskraft vor allem davon abhängt, dass die Familien ihn kennen und nutzen.

Unterstützer*innen des Änderungsantrags:

Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Petra Vandrey (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

Wolfgang Schmidt (LAG Gesundheit und Soziales)

Dirk Jordan (LAG Bildung)

Markus Scheppe (KV Steglitz-Zehlendorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

Evgeniya Gataulina (AG Kinder, Jugend und Familie)

Sandy Nasr (KV Steglitz-Zehlendorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

Christoph Przeszlakowski (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

Barbara Schäfer (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

L-02-283-2 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Dirk Jordan, LAG Bildung

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 283 einfügen:

Wahlrecht der Eltern bei der Kitaauswahl auch wirklich gewährleisten.

II. Stärkung der gesellschaftlichen Funktion der Kita

Kitas sind ein Tor zum Leben

Die Kitas stehen am Anfang des Lebenswegs eines Erwachsenen. Im Kitaalter werden wesentliche Weichen dafür gestellt. Die Kitas haben für diese Aufgabe eine spezifische frühkindliche Pädagogik entwickelt, sie haben eine ganz eigene Bildungs- und Sozialisierungsaufgabe. Kleinkindpädagogik und Entwicklungspsychologie kleiner Kinder funktionieren anders als bei älteren "Schulkindern". Sie entwickeln sich anders, lernen anders, brauchen andere Bindungsangebote usw. Pädagogik des frühen Kindesalters hat Einzug in die universitäre Ebene gefunden. Die Erkenntnisse und Ansätze von Schule können nicht einfach so auf die Kita übertragen werden, aber die Kitas stehen mit der Grundschule in einer gemeinsamen gesellschaftlichen Verantwortungsreihe für die bestmögliche Entwicklung der Kinder. Eine zentrale Funktion dabei hat die Sprachbildung, der unsere besondere Aufmerksamkeit gilt. Integration durch Bildung fängt in der Kita an, hört dort aber nicht auf.

Kitas zu Familienzentren entwickeln

In Deutschland ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg besonders stark. Umso bedrohlicher für eine gute gesellschaftliche Entwicklung ist es, dass in einem so reichen Land wie Deutschland die Kinderarmut so groß ist und rund 2,05 Millionen Kinder und Jugendliche auf staatliche Grundsicherungsleistungen angewiesen sind. In Berlin ist ihr Anteil mit über 30% besonders hoch und besonders stark betroffen davon sind Kinder und Jugendliche von Alleinerziehenden, die auf eine gute und verlässliche Kinderbetreuung (auch in Ferien und auch außerhalb der normalen Öffnungszeiten) besonders angewiesen sind.

Damit die Kita einen wirksamen Beitrag dazu leisten kann, den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufzubrechen, braucht sie nicht nur die schon genannten Verbesserungen im personellen Bereich sondern auch die Begleitung einer an dem Kindeswohl orientierten Sozial- und Familienpolitik wie sie sich in unserer Forderung nach einem Familien-Budget niederschlägt.

Vor Ort braucht sie eine enge Einbettung in das Netz der familienbegleitenden Hilfen, da es nicht ausreichend ist, allein den Kindern einen guten Kita-Alltag zu bieten, wenn der Familienalltag nicht die notwendige Sicherheit, Förderungen und Zuwendung bietet. Wir wollen daher, dass sich Kitas zu Familienzentren weiterentwickeln können, in denen die Familien Unterstützung und Hilfe, aber auch die Aufforderungen für ihre Erziehungsarbeit im Kindeswohl bekommen. Wie und in welchem Umfang dies geschieht, muss in den Bezirken entschieden werden.

Zusammenarbeit Kita-Grundschule

Die Kita ist der Beginn des Bildungswegs der Kinder, sie setzen ihn in der Grundschule fort. Auch wenn sie sich in ihren pädagogischen Konzepten unterscheiden, müssen Kitas und Schule besser miteinander kooperieren als bisher, damit die Arbeit in den Kitas möglichst große Wirkung erzeugt. Die Kooperationen sind nicht „nebenbei“ zu schaffen, sie sind notwendiger Bestandteil einer erfolgreichen Erziehungsarbeit

und müssen als solche auch wertgeschätzt und honoriert werden. Kooperationen gehören zur Arbeitszeit sowohl in der Kita wie der Schule, hier fehlt es an den nötigen Ressourcen bisher. Wie weit die geforderten Verbesserungen in den Personalschlüsseln in der Kita das schon genügend berücksichtigen, muss überprüft werden.

Ein Bindeglied zwischen Kita und Schule sind die Sprachlern-Tagebücher der Kinder. Sie müssen viel besser als bisher genutzt. Sie sind ein wesentlicher Teil der Spracherziehung in der Kita, deren systematischer Ausbau spezifische fachliche Ressourcen braucht.

Nach den jährlichen Einschulungsuntersuchungen besuchen rund 1.000 Kinder vor der Grundschule keine Kita, bei sehr viel mehr der untersuchten Kinder (rund 20%) wurden aber unzureichende Deutschkenntnisse festgestellt, auch wenn sie schon länger eine Kita besucht haben. Öffentliche Aufmerksamkeit erregen auch wiederholte Meldungen, dass Kinder sich der nach § 55 SchulG obligatorischen vorschulischen Sprachförderung entziehen können. All dies bedarf der Klärung. Kinder, die keine Kita oder Kindertagespflege besuchen, müssen sich im 4. Lebensjahr einer Sprachstandsmessung unterziehen und bei Nichtbestehen eine Förderung in der Bildungseinrichtung Kita erhalten. Wenn Eltern dem nicht nachkommen, muss die Verwaltung aufmerksamer und aufsuchende Familienhilfe besser ausgestattet werden, um den Kindern und ihren Familien die notwendige Unterstützung zu geben - damit auch ihnen der Übergang in den Schulbereich gut gelingt.

Begründung

diesen Teil aus L 02-01 streichen

L-02-284 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Dirk Jordan, LAG Bildung

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 284 bis 289:

~~Qualität der Kitas weiter sichern~~ **Qualität der Kitas weiter verbessern**

~~Wir freuen uns, dass Berlin mit dem Berliner Bildungsprogramm verlässliche Standards für die Arbeit in den Kitas setzt. Diese stetig zu evaluieren, ist unerlässlich und wir freuen uns deshalb, dass Berlin dabei Vorreiter bei der externen und internen Evaluation ist. Das dafür zuständige Berliner Kita-Institut (BeKi) macht gute Arbeit und muss dabei weiter unterstützt sowie dauerhaft ausreichend ausfinanziert werden.~~

Mit dem Berliner Bildungsprogramm ist ein erster guter Schritt getan worden, um verlässliche Standards für die Arbeit in den Kitas zu setzen. Darauf kann gut für die Weiterentwicklung aufgebaut werden und für die Kitaufsicht und –qualitätssicherung die personellen Ressourcen auf Landes- noch Bezirksebene verbessert werden, so dass Berlin Vorreiter bei der externen und internen Evaluation bleibt. Das dafür bisher allein zuständige Berliner Kita-Institut (BeKi) macht gute Arbeit. Es muss in diesen Prozess miteinbezogen und weiter unterstützt sowie dauerhaft ausreichend finanziert werden.

Von Zeile 294 bis 300:

und eine Ombudsstelle Kita für die Eltern.

Darüber hinaus halten wir einen Fachkongress Kita auf Landesebene für dringend notwendig, zu dem die Senatsverwaltung Vertreter*innen aus Kitaträgern, Kitaleitungen, Erzieher*innen und andere Fachkräfte, Fachberatungen, Eltern und Expert*innen aus der Wissenschaft einlädt.

Wir wollen damit die Berliner Kita auf ihrem Weg weiter begleiten und unterstützen. ~~Darüber hinaus halten wir einen Fachkongress Kita auf Landesebene für dringend notwendig, zu dem die Senatsverwaltung Vertreter*innen aus Kitaträgern, Kitaleitungen, Erzieher*innen und andere Fachkräfte, Fachberatungen, Eltern und Expert*innen aus der Wissenschaft einlädt. Die Berliner Kita ist auf einem guten Weg – das darf jedoch nicht dazu führen, dass wir sie nicht weiter begleiten und weiterentwickeln. Dafür wäre ein solcher Fachkongress ein wichtiger Schritt.~~

Begründung

diesen Teil aus L02-001 streichen

L-02-294 Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!

Antragsteller*in: Silke Gebel (KV Mitte)

Änderungsantrag zu L-02

Nach Zeile 294 einfügen:

Darüber hinaus soll auch die Perspektive der Kinder bei der Qualitätssicherung in Kitas eine Rolle spielen. Sie ist als verbindlicher Faktor in die Eckpunkte zur Externen Evaluation aufzunehmen.

V-01-026 Sicher und entspannt den Jahreswechsel genießen

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 14.04.2018

Änderungsantrag zu V-01

In Zeile 26 einfügen:

privates Feuerwerk im öffentlichen Raum gehören.

Langfristig setzen wir uns aber dafür ein, dass Feuerwerk nicht mehr an Privatpersonen verkauft wird.

Begründung

Die GRÜNE JUGEND Berlin will eine Stadt, in der Verletzungen, hohe Feinstaubbelastung und unmengen an Müll keine Normalitäten sind. Das gilt auch an Silvester. Hohe Kosten für die Reinigung der Stadt, Rettungseinsätze und ärztliche Behandlungen werden bisher in Kauf genommen, damit Menschen ihr "Recht" auf Zündelei und Geböller ausleben können. Wir finden, damit soll Schluss sein. Daher fordern wir, dass der Verkauf von Feuerwerkskörpern am 31.12 genauso wie an allen anderen Tagen verboten wird.

Wir können nachvollziehen, dass Menschen das neue Jahr begrüßen wollen und sich gerne ein Feuerwerk anschauen wollen. Das geht aber auch, wenn es mehrere dezentrale öffentliche Feuerwerk-Shows gibt, wo Menschen friedlich miteinander feiern können.

V-03-024 Coparenting stärken, Beratung für Eltern in Trennungskonflikten ausbauen!

Antragsteller*in: Bernd Schwarz (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

Änderungsantrag zu V-03

In Zeile 24:

individuell betroffenen Kindes muss ~~alleiniger~~vorrangiger

Begründung

erfolg mündlich

Unterstützer*innen des Änderungsantrags:

Petra Vandrey (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, AG Kinder, Jugend und Familie)

V-04-050 Gerechter Welthandel beginnt in Berlin

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu V-04

Von Zeile 50 bis 55:

Bereits im 1. Halbjahr 2017 haben wir das Berliner Mindestentgelt auf 9€/Stunde erhöht. Wir handeln nach dem Grundsatz: „Gutes Geld für gute Arbeit.“ Wer staatliche Aufträge erhalten will, muss einen Lohn zahlen, von dem man leben kann. Deswegen muss das Mindestentgelt weiter steigen. Wir wollen auch, dass keine Produkte angeschafft werden, die mit Kinder- oder Sklavenarbeit erstellt wurden. ~~Bereits im 1. Halbjahr 2017 haben wir das Berliner Mindestentgelt auf 9€/Stunde erhöht. Wir handeln nach dem Grundsatz: „Gutes Geld für gute Arbeit.“ Wer staatliche Aufträge erhalten will, muss einen Lohn zahlen, von dem man leben kann. Deswegen muss das Mindestentgelt weiter steigen. Wir wollen auch, dass keine Produkte angeschafft werden, die mit Kinder- oder Sklavenarbeit erstellt wurden.~~ **Auch werden wir keine Produkte oder Technologien finanziell, materiell oder politisch fördern, die derzeit nur durch Sklaven- oder Kinderarbeit auf den Markt gebracht werden können.**

Begründung

Erfolgt mündlich.

V-04-060 Gerechter Welthandel beginnt in Berlin

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu V-04

Von Zeile 60 bis 64:

Auch in ökologischer Hinsicht muss Berlin vorbildlich beschaffen. So müssen beispielsweise alle Elektrogeräte jeweils mit der höchsten Energieklasse angeschafft werden. Auch Fahrzeuge müssen möglichst umweltverträglich unterwegs sein und dürfen Sklaven- und Kinderarbeit nicht fördern. Gerade in einer Hightech-Branche wie dem Fahrzeugbau ist Sklaven- und Kinderarbeit inakzeptabel. Dies gilt auch für Elektroautos. Mit großer Sorge sehen wir es, wie durch das Elektroauto sensible Schwermetalle (wie etwa Cobalt), seltenen Erden oder Lithium zunehmend unverzichtbar für den Autobau werden. Denn in den Minen, in denen diese Rohstoffe gefördert oder gewaschen werden, ist Sklaven- und Kinderarbeit derzeit nicht die Ausnahme, sondern in vielen Ländern und an fast allen wichtigen Förderstellen eine traurige Regel. Wir sehen über diese Situation nicht hinweg, nur weil das Elektroauto an anderen Stellen für manche von uns mit ein Hoffnungsträger in Sachen Verkehrswende ist. Der Zweck heiligt nicht die Mittel, Sklaven- und Kinderarbeit erster und zweiter Güte gibt es für uns nicht. Wir Grüne bleiben uns hier treu. Deshalb dürfen Berlin, seine Eigenbetriebe und die Bezirke das Elektroauto zukünftig finanziell, materiell und politisch nur noch dann bevorzugen, fördern und unterstützen, wenn die Autohersteller und ihre Zulieferer zukünftig einen sklaven- und kinderarbeitsfreien Herkunftsnachweis für ihre Rohstoffe eindeutig erbringen können. Wir erhöhen damit den Druck auf diese wichtige Branche, in Zukunft endlich auf Sklaven- und Kinderarbeit zu verzichten und Vorbild für andere Schlüsselindustrien zu sein. ~~Auch in ökologischer Hinsicht muss Berlin vorbildlich beschaffen. So müssen beispielsweise alle Elektrogeräte jeweils mit Hinsichtlich der höchsten Energieklasse angeschafft werden. Fahrzeuge müssen möglichst umweltverträglich unterwegs sein. Eine gesonderte gesonderten Wertgrenze von 10.000€ zur ökologischen Beschaffung halten wir den heutigen Status Quo für kontraproduktiv, z. Zumal bereits jetzt nach einer~~

Begründung

Erfolgt mündlich.

V-05-032 Sauber mobil

Antragsteller*in: LAG Mobilität

Änderungsantrag zu V-05

Von Zeile 32 bis 38:

~~Die Busse der BVG hingegen sind nach wie vor fast ausschließlich mit Dieselmotoren unterwegs. Diese Busse müssen daher kurzfristig mit SCR-Kats zur Minderung der NOX-Emissionen nachgerüstet werden. Zugleich ist die Ersetzung der BVG-Busse durch Elektrofahrzeuge einzuleiten. Mit Ökostrom auch aus einem zusätzlich gestärktem grünen Stadtwerk können diese Busse dann 100% emissionsfrei fahren. Ziel muss eine BVG sein, die bis 2030 vollkommen emissionsfrei unterwegs ist. Damit würden in Berlin mehr als 70% des „Binnenverkehrs“ emissionsfrei abgewickelt.~~ Die Busse der BVG hingegen sind nach wie vor fast ausschließlich mit Dieselmotoren unterwegs. Alle Busse sollen kurzfristig mit SCRT-Katalysatoren nachgerüstet werden, damit die NO2 Emissionen auf eine nicht gesundheitsgefährdende Menge und deutlich unter die bestehenden Grenzwerte reduziert werden. In der Frage der Erneuerung des Bestandes der Busflotte wird auf Technologieoffenheit gesetzt. Für die Beschleunigung der technologischen Entwicklung sind den Herstellern von modernen Fahrzeugen Möglichkeiten zur Erprobung ihrer Prototypen anzubieten.

Sobald das Rennen der Entwicklung entschieden ist und sich ein Antrieb auch in der Praxis als tauglich erwiesen hat, sollen die neuen Busse den Bestand der Busflotte der BVG schnellst möglich erneuern und schließlich ersetzen. Auf dem Weg dahin, sind notwendige und nicht aufschiebbare Erneuerungen des Bestandes der Busflotte mit gasgetriebenen Omnibussen durchzuführen, die durch Biomethan aus Reststoffen angetrieben werden. Somit wird gewährleistet, dass die Busflotte das Maximum eines ökologischen und klimafreundlichen Standards einhält und auf dem besten Weg ist, klimaneutral zu werden.

Begründung

Die Entwicklung der Antriebe ist noch nicht soweit, dass die Frage, welches der Antrieb der Zukunft sein wird, zuverlässig beantwortet werden könnte. Ein frühzeitige Festlegung, könnte, wenn sie sich als Fehlinvestition in zwei bis dreistelliger Millionenhöhe herausstellt, verhängnisvolle Auswirkungen auf den Erfolg und die Durchsetzbarkeit einer Verkehrswende in Berlin bedeuten.

Technologieoffenheit heißt, dass wir alle für die Zukunft in Frage kommenden Antriebe im Fahrbetrieb testen werden. Dazu gehören Stand heute der mit Wasserstoff chemisch angetriebene Elektrobus, der als Brennstoffzellenbus bekannt ist, der mit Batterie angetriebene Elektrobus, der schon heute zwischen Zoo und Südkreuz unterwegs ist, und auch der Hybrid-Oberleitungsbus, der sinnvoll in Spandau erprobt werden könnte.

V-05-034 Sauber mobil

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu V-05

Von Zeile 34 bis 37:

Emissionen nachgerüstet werden. Zugleich ~~ist die Ersetzung~~ sind Schritte zur Umstellung der BVG-Busse ~~durch Elektrofahrzeuge~~ Busflotte auf emissionsfreie Antriebstechnik - bei Schaffung bedarfsgerecht erhöhter Beförderungskapazität und Angebotsqualität einzuleiten. ~~Mit~~ Beispielsweise mit Ökostrom ~~auch~~ aus einem zusätzlich gestärktem grünen Stadtwerk können diese Busse dann 100% emissionsfrei fahren. Ziel muss eine BVG sein, die bis 2030 ~~vollkommen emissionsfrei~~ klimaneutral und ohne schädliche Auspuffgase unterwegs ist. Damit würden in Berlin mehr als 70% des

Begründung

Durch die Umformulierung soll der Eindruck vermieden werden, dass wir bezüglich des BVG-Angebots im Bereich Bus vorrangig oder gar ausschließlich Handlungsbedarf (und Abwägungsbedarf) hinsichtlich einer neuen Antriebsart sehen, um die Ziele der Emissionsreduktion bzw. Klimaneutralität im Stadtverkehr zu erreichen. Eine "vollkommene Emissionsfreiheit" beim Unterwegssein der BVG sollten wir andererseits auch für später nicht versprechen, da es z.B. auch beim Elektrobus natürlich Reifenabrieb, Staubaufwirbelung usw. beim Fahren gben wird.

V-05-041 Sauber mobil

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu V-05

In Zeile 41:

~~bedeutet auf lange Sicht~~erfordert dichteren Takt ~~auch bis in den Außenbezirken~~die Außenbezirke und das Umland sowie sinnvolle

In Zeile 45 einfügen:

Berlin und Brandenburg i2030. In Berlin treiben wir den Netzausbau der Straßenbahn konsequent voran

Begründung

In der Formulierung sollte deutlich werden, dass ÖPNV-Angebot und -Netz immer (Bezirks-,Stadt,...)grenzüberschreitend gedacht werden muss. Taktverdichtung in den Außenbezirken darf zudem schon angesichts vieler aktueller und weiter geplanter Wohnungsbau- und Quartiersentwicklungsprojekte und laufendem Bevölkerungszuwachs sicher nicht erst "auf lange Sicht" ein Thema sein. Außerdem sollte der Hinweis auf das für die Gewinnung von Umsteiger*nnen vom Auto wichtige Handlungsfeld Tram-Netzerweiterung nicht fehlen.

V-08-219 Faire Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, mehr Personal – wir sorgen für gute Arbeit
im öffentlichen Auftrag

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)

Änderungsantrag zu V-08

In Zeile 219 einfügen:

Grünen haben die Berliner*innen im Kampf dafür einen starken Partner.

Gute Arbeit auch bei Vergaben der öffentlichen Hand

Auch bei der Vergabe von Aufträge vom Land Berlin hat sich die Rot-Rot-Grüne Koalition das Ziel gesetzt, das Thema "Gute Arbeit" auf die Agenda zu setzen. Bei der anstehenden Novellierung des Berliner Vergabegesetzes handeln wir nach dem Grundsatz „öffentliches Geld nur für gute Arbeit“ und werden vorhandene Spielräume nutzen. Darüber hinaus werden wir die Vergabestellen des Landes stärken, damit diese ihre Vergaben auch rechtssicher gestalten können.

Für den Bereich der Gebäudereinigung in öffentlichem Auftrag können wir auch ohne Gesetzesänderungen Verbesserungen erreichen. Seit den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts werden Gebäudereinigungsdienstleistungen ausgelagert, d. h. nicht mehr von Beschäftigten des eigenen Hauses, der eigenen Einrichtung durchgeführt, sondern von beauftragten Dienstleistungsunternehmen. Der Markt ist heute durch einen sehr hohen Anteil an atypischen Beschäftigungsverhältnissen und Niedriglöhnen geprägt. Mit dem starken Wachstum der Branche und dem zunehmenden Outsourcing ging die Verlagerung der Arbeitszeiten in die Randzeiten des Tages einher: frühmorgens und spätabends oder auch nachts. Wo möglich setzen wir uns für eine Rück-Verlagerung der Arbeitszeit in den Tag ein, um die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse direkt zu fördern.

V-10-001 Boykott ist keine Lösung - Nein zu BDS!

Antragsteller*in: Tobias Balke (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Titel

Ändern in:

Für eine Zwei-Staaten-Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts und argumentativ gegen die BDS-Bewegung

Änderungsantrag zu V-10

Nach Zeile 1 einfügen:

Für eine Zwei-Staaten-Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts und argumentativ gegen die BDS-Bewegung

Jede Form von Antisemitismus muss klar benannt und bekämpft werden. Dies gilt auch und grade für die Debatte zum israelisch-palästinensischen Konflikt.

Eine Friedenslösung zwischen Israel und Palästina ist und bleibt von zentraler Bedeutung für den Frieden im gesamten Nahen Osten. Glaubwürdiger, konsequenter und ausdauernder Einsatz dafür ist auch von wesentlicher Bedeutung für das Verhältnis von Muslim*innen, besonders arabischer Herkunft, zur Mehrheitsgesellschaft in Deutschland.

Bündnis 90/Die Grünen Berlin bekennt sich im vollem Umfang zu den grundlegenden Beschlüssen der BDKen Freiburg und Kiel „Grundlinien Grüner Nahostpolitik – Für einen dauerhaften und gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina“ und „Jetzt einen Staat Palästina auf den Weg bringen – Palästina in den VN unterstützen“, dem BuVo-Beschluss „Zwischen Umbruch in der arabischen Welt und Rückschritten im palästinensisch-israelischen Friedensprozess – Wie weiter in der deutschen Nahostpolitik?“ und den darauf aufbauenden Festlegungen in unseren Bundes- und Europawahlprogrammen. Von dieser Basis aus nimmt sie an dieser Debatte teil und setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass sie konstruktiv geführt wird und destruktive Polarisierungen überwunden werden.

In diesem Kontext wiederholen und erläutern wir die Kritik unseres Bundesvorstandes an der Bewegung „Boycott, Divestment, Sanctions“ (BDS). Wir halten es für politisch falsch und schädlich, dass die BDS-Kampagne bewusst die Frage offenhält, wie der israelisch-palästinensische Konflikt geregelt werden soll. Während wir der palästinensischen und internationalen Zivilgesellschaft nicht absprechen, selbst über gewaltfreie Strategien zur Beendigung der Besatzung zu entscheiden, lehnt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin einen Boykott Israels als Instrument deutscher und europäischer Politik ab.

Die deutsche Zivilgesellschaft soll zum - den Konflikt und seine Asymmetrien reflektierenden - Dialog mit allen Mitgliedern der israelischen Zivilgesellschaft bereit sein. Schon deshalb sind wir entschieden gegen jede Boykottierung, Ausgrenzung und Abweisung israelischer Künstler*innen und Wissenschaftler*innen. Aufrufe zum Boykott von israelischen Waren und Dienstleistungen halten wir ebenfalls für völlig verkehrt. In Deutschland erinnern sie, auch wo das überhaupt nicht beabsichtigt ist, zwangsläufig an das finsterste Kapitel der deutschen Geschichte. Außerdem öffnen Boykottaktionen erfahrungsgemäß eine Flanke für antisemitische Trittbrettfahrer*innen. Deshalb wirbt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin für eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung mit den Forderungen und Instrumenten der BDS-Bewegung und führt

nach ihren Möglichkeiten Aufklärungs- und Bildungsarbeit durch, um eine weitere Polarisierung der Debatte zu verhindern und auf eine Konfliktregelung im Sinne der Zwei-Staaten-Lösung hinzuarbeiten. Denn BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Berlin ist überzeugt, dass die BDS-Bewegung effektiver und nachhaltiger durch Argumente zurückgedrängt werden kann, als durch eine pauschale Verurteilung.

Wir verurteilen entschlossen alle antisemitischen Bestrebungen, von denen einige auch unter dem Banner der BDS-Bewegung Deckung suchen. Wir missbilligen, dass die BDS-Bewegung sich zwar prinzipiell gegen Antisemitismus ausspricht, aber bis jetzt nur unzulängliche Abwehrmaßnahmen gegen antisemitische Instrumentalisierungsversuche entwickelt hat. uf der anderen Seite sehen wir auch jene Forderungen und Instrumente der BDS-Bewegung, die wir politisch ablehnen, als Teil des legitimen demokratischen Diskurses an. Solange ihre Vertreter*innen dabei die Menschenwürde beachten und sich nicht für Hass oder Gewalt- und Willkürmaßnahmen aussprechen, stehen auch ihre Handlungen unter dem Schutz der Meinungsfreiheit. Wir fordern die Gliederungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit der BDS-Bewegung auf, um diese entschieden zurückzudrängen. Sie sollen erklären, dass gemäß den Nahost-Beschlüssen von Bündnis 90/Die Grünen die EU und die Bundesregierung beide Seiten mit positiven wie negativen Anreizen zu direkten und substantiellen Friedensgesprächen mit dem Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung bewegen sollen. Sie sollen erläutern, dass nach bündnisgrünem Willen die EU und die Bundesrepublik Deutschland konkrete Maßnahmen gegen die Besatzungs- und Siedlungspolitik ergreifen sollen. Sie sollen darlegen, dass Grüne auf weitreichende Unterstützung für alle friedensfördernde, konstruktive Schritte und auf negative Konsequenzen für konfliktverschärfende, kontraproduktive Schritte durch die EU und die Bundesregierung hinarbeiten. Veranstaltungen, die einseitig die Forderungen der BDS-Bewegung unterstützen, tragen wir nicht mit.

Begründung

”Unterstützer*innen:

LAG Frieden/Internationales, Delphine Scheel, KV Charlottenburg-Wilmersdorf, Svenja Borgschulte, KV Pankow, Ursula Hertel-Lenz, KV Steglitz-Zehlendorf, David Baltzer, KV Kreisfrei, Gerd Kauschat, KV Friedrichshain-Kreuzberg, Heiner v. Marschall, KV Reinickendorf, Jörn Böhme, KV Steglitz-Zehlendorf, Kristian Brakel, KV Kreisfrei, Marcus Berendes, KV Friedrichshain-Kreuzberg, Michael Sebastian Schweiß, KV Friedrichshain-Kreuzberg, Patrick Mesenbrock, KV Mitte, Peter Lohauß, KV Charlottenburg-Wilmersdorf.

Zur Beschlusslage auf Bundesebene:

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Nahost-dauerhafter-Frieden-Beschluss-BDK-Freiburg-11-2010.pdf ,

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Aussenpolitik-Staat-Palaestina-Beschluss-BDK-Kiel-11-2011.pdf ,

http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/20150909_Beschluss_BuVo_Nahost_FINAL.pdf

,

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Gruenes-Bundestagswahlprogramm-2013.pdf , dort S. 315,

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Gruenes-Europawahlprogramm-2014.pdf , dort S. 110,

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm , dort S. 82 f.

Zu BDS: <https://bdsmovement.net/call> , <https://bdsmovement.net/what-is-bds> , <https://bdsmovement.net/news/racism-and-racial-discrimination-are-antithesis-freedom-justice-equality> , http://bds-kampagne.de/wp-content/uploads/2017/11/171121_BNC-an-Stadtrat-M%C3%BCnchen.pdf ,

<http://www.fr.de/politik/meinung/gastbeitraege/bds-kampagne-freunde-israels-boykottiert-diesen-staat-a-1243434>

.

Weitere Begründung per Mail (auf Anfrage tobias.balke@t-online.de) und mündlich.

V-10-001-2 Boykott ist keine Lösung - Nein zu BDS!

Antragsteller*in: Daniela Ehlers (KV Lichtenberg)

Titel

Ändern in:

Nein zu jedem Antisemitismus - Boykott ist keine Lösung - Nein zu BDS!

V-10-002 Boykott ist keine Lösung - Nein zu BDS!

Antragsteller*in: Landesvorstand

Änderungsantrag zu V-10

In Zeile 2 einfügen:

Jede Form von Antisemitismus muss klar benannt und bekämpft werden.

Die Kampagne „Boycott, Divestments, Sanctions“ (BDS) zielt auf einen Boykott des jüdischen und demokratischen Staates Israel, seiner Unternehmer*innen, Wissenschaftler*innen und Künstler*innen ab. Aus ihr heraus kam es immer wieder zu eindeutig antisemitischen Vorfällen und antisemitischen Angriffen gegen den Staat Israel als Ganzes. Dies verurteilen wir aufs schärfste. Auch in Berlin gab es Veranstaltungen der BDS-Kampagne.

Dass die BDS-Kampagne bewusst die Frage offen hält, wie der israelisch-palästinensische Konflikt geregelt werden soll, halten wir für politisch falsch und schädlich. Damit setzt sie sich dem Verdacht aus, den Fortbestand des Staates Israel nicht zu wollen und trägt ihrerseits dazu bei, die Zwei-Staaten-Perspektive zu untergraben.

Deshalb positioniert sich BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Berlin im Sinne ihres Bekenntnisses zu einer offenen Gesellschaft und gegen jeden Antisemitismus klar gegen alle antisemitischen Bestrebungen der BDS-Kampagne und führen in Zukunft, nach ihren Möglichkeiten, Aufklärungs- und Bildungsarbeit durch, um die Durchsetzung der Forderungen nach Boykott, Desinvestment und Sanktionen zu verhindern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin lehnen einen Boykott Israels als Instrument deutscher und europäischer Politik ab.

Wir wollen mit allen Kräften in Israel und Palästina zusammenarbeiten, die sich friedlich für eine Zwei-Staaten-Regelung und ein Ende der Besatzung einsetzen. In der Frage des Existenzrechts und der Sicherheit Israels darf es keine Uneindeutigkeit geben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin stehen ohne Wenn und Aber zum Existenzrecht Israels als unabdingbarem Bestandteil einer Zwei-Staaten-Regelung und damit einer friedlichen gleichberechtigten Regelung des Nahostkonfliktes.

Auch eine Zusammenarbeit von Gliederungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin mit der BDS-Kampagne ist abzulehnen. Wir erwarten von politisch tätigen Menschen in Deutschland, dass sie im Bewusstsein unserer historischen Verantwortung handeln. Man kann an der israelischen Regierung berechtigte Kritik üben. In Deutschland generell israelische Waren und Wissenschaftler*innen zu boykottieren und den kulturellen Austausch zwischen Israelis und Deutschen abzulehnen, wird nach unserer Auffassung unserer historischen Verantwortung in keiner Weise gerecht. Wir setzen auf Partner*innen, die gemeinsam mit uns für eine emanzipatorische und gerechte Gesellschaft streiten.

V-10-002-2 Boykott ist keine Lösung - Nein zu BDS!

Antragsteller*in: Daniela Ehlers (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-10

Nach Zeile 2 einfügen:

Angriffe auf offener Straße, Hate Speech im Netz, Bedrohungen und Hetze überall – Jüdinnen*Juden in Deutschland wägen jeden Tag ab, ob sie offen als Jüdin*Jude auftreten, mit Kippot das Haus verlassen oder unbesorgt eine Synagoge besuchen können. Antisemitismus ist dabei kein Vorurteil, sondern eine welterklärende Verschwörungsideologie, die alles Übel in Juden*Jüdinnen und in ihrer Vernichtung die Befreiung vom Bösen sieht. Antisemitische Einstellungen sind quer durch alle Teile der Gesellschaft zu finden und prägen den Alltag der Betroffenen – aber Antisemitismus ist nicht das Problem der Jüdinnen*Juden, sondern geht uns alle an. Eine konsequente Erfassung und Verfolgung antisemitischer Straftaten abseits der ohnehin problematischen polizeilichen ‚Politisch motivierten Kriminalitätsstatistiken‘ ist längst überfällig. Auch muss die Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten zur Antisemitismusprävention sowie zur Unterstützung Betroffener verbessert werden.

V-10-003 Boykott ist keine Lösung - Nein zu BDS!

Antragsteller*in: Landesvorstand

Änderungsantrag zu V-10

Von Zeile 3 bis 7 löschen:

~~Die Kampagne „Boycott, Divestments, Sanctions“ (BDS) zielt auf einen Boykott des jüdischen und demokratischen Staates Israel, seiner Unternehmer*innen, Wissenschaftler*innen und Künstler*innen ab. Die in ihr und durch sie vertretenen Positionen und Forderungen delegitimieren und dämonisieren Israel und weisen damit einseitig Jüdinnen*Juden die Schuld für jegliche Übel in der Region zu.~~

V-10-008 Boykott ist keine Lösung - Nein zu BDS!

Antragsteller*in: Paul Meyer-Dunker

Änderungsantrag zu V-10

Von Zeile 8 bis 13:

~~Mit dem Aufruf keine Produkte aus Israel zu kaufen reproduzieren sie die Nationalsozialistische Parole „Kauft nicht bei Juden!“ Dass die BDS-Kampagne bewusst die Frage offen hält, wie der israelisch-palästinensische Konflikt geregelt werden soll, halten wir für politisch falsch und schädlich. Damit setzt sie sich dem Verdacht aus, den Fortbestand des Staates Israel nicht zu wollen und trägt ihrerseits dazu bei, die Zwei-Staaten-Perspektive zu untergraben.~~ Mit dem Aufruf keine Produkte aus Israel zu kaufen reproduzieren sie die Nationalsozialistische Parole „Kauft nicht bei Juden!“ Dass die BDS-Kampagne eine Einstaatenlösung propagiert in dem die Schutzfunktion Israels als jüdischer Staat nicht mehr existiert halten wir für grundfalsch..

Begründung

Die Formulierung im Antrag ist mehr als unpräzise. Alle 33 deutschen BDS Gruppen unterstützen den Original BDS Aufruf aus dem klar hervorgeht, dass eine Einstaatenlösung und die nichtexistenz eines jüdischen Staates das Ziel sind. Im Gegenzug dazu wird von nur 24 der 33 Gruppierungen auch die entschärfte Version unterstützt, die einen palästinensischen Staat nach 1967 fordert aber auch hier weiterhin die Auflösung Israels als jüdischen Staat fordert. Insofern ist es eine verharmlosung von BDS, zu sagen dass sie ihre Haltung im unklaren lassen. BDS macht sehr deutlich, dass Israel so wie es existiert für sie keinen Platz und kein Existenzrecht hat.

V-10-008-2 Boykott ist keine Lösung - Nein zu BDS!

Antragsteller*in: Landesvorstand

Änderungsantrag zu V-10

Von Zeile 8 bis 13 löschen:

~~Mit dem Aufruf keine Produkte aus Israel zu kaufen reproduzieren sie die Nationalsozialistische Parole „Kauft nicht bei Juden!“ Dass die BDS-Kampagne bewusst die Frage offen hält, wie der israelisch-palästinensische Konflikt geregelt werden soll, halten wir für politisch falsch und schädlich. Damit setzt sie sich dem Verdacht aus, den Fortbestand des Staates Israel nicht zu wollen und trägt ihrerseits dazu bei, die Zwei-Staaten-Perspektive zu untergraben.~~

V-10-008-3 Boykott ist keine Lösung - Nein zu BDS!

Antragsteller*in: Tobias Balke (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu V-10

Von Zeile 8 bis 13:

~~Mit dem Aufruf keine Produkte aus Israel zu kaufen reproduzieren sie die Nationalsozialistische Parole „Kauft nicht bei Juden!“ Dass die BDS-Kampagne bewusst die Frage offen hält, wie der israelisch-palästinensische Konflikt geregelt werden soll, halten wir für politisch falsch und schädlich. Damit setzt sie sich dem Verdacht aus, den Fortbestand des Staates Israel nicht zu wollen und trägt ihrerseits dazu bei, die Zwei-Staaten-Perspektive zu untergraben.~~ In diesem Kontext wiederholen und erläutern wir die Kritik unseres Bundesvorstandes an der Bewegung „Boycott, Divestment, Sanctions“ (BDS). Wir halten es für politisch falsch und schädlich, dass die BDS-Kampagne bewusst die Frage offenhält, wie der israelisch-palästinensische Konflikt geregelt werden soll. Während wir der palästinensischen und internationalen Zivilgesellschaft nicht absprechen, selbst über gewaltfreie Strategien zur Beendigung der Besatzung zu entscheiden, lehnt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin einen Boykott Israels als Instrument deutscher und europäischer Politik ab.

Begründung

Dieser Änderungsantrag wird unterstützt von der LAG Frieden/Internationales und von Delphine Scheel, KV Charlottenburg-Wilmersdorf, Svenja Borgschulte, KV Pankow, Ursula Hertel-Lenz, KV Steglitz-Zehlendorf, David Baltzer, KV Kreisfrei, Gerd Kauschat, KV Friedrichshain-Kreuzberg, Heiner v. Marschall, KV Reinickendorf, Jörn Böhme, KV Steglitz-Zehlendorf, Kristian Brakel, KV Kreisfrei, Marcus Berendes, KV Friedrichshain-Kreuzberg, Michael Sebastian Schneiß, KV Friedrichshain-Kreuzberg, Patrick Mesenbrock, KV Mitte, Peter Lohauß, KV Charlottenburg-Wilmersdorf.

V-10-014 Boykott ist keine Lösung - Nein zu BDS!

Antragsteller*in: Landesvorstand

Änderungsantrag zu V-10

Von Zeile 14 bis 15 löschen:

~~Die Antisemitischen Übergriffe die unter dem Banner der BDS Kampagne passieren verurteilen wir aufs schärfste.~~

V-10-014-2 Boykott ist keine Lösung - Nein zu BDS!

Antragsteller*in: Tobias Balke (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu V-10

Von Zeile 14 bis 15 löschen:

~~Die Antisemitischen Übergriffe die unter dem Banner der BDS Kampagne passieren verurteilen wir aufs schärfste.~~

Begründung

Dieser Änderungsantrag wird unterstützt von der LAG Frieden/Internationales und von Delphine Scheel, KV Charlottenburg-Wilmersdorf, Svenja Borgschulte, KV Pankow, Ursula Hertel-Lenz, KV Steglitz-Zehlendorf, David Baltzer, KV Kreisfrei, Gerd Kauschat, KV Friedrichshain-Kreuzberg, Heiner v. Marschall, KV Reinickendorf, Jörn Böhme, KV Steglitz-Zehlendorf, Kristian Brakel, KV Kreisfrei, Marcus Berendes, KV Friedrichshain-Kreuzberg, Michael Sebastian Schneiß, KV Friedrichshain-Kreuzberg, Patrick Mesenbrock, KV Mitte, Peter Lohauß, KV Charlottenburg-Wilmersdorf.

V-10-016 Boykott ist keine Lösung - Nein zu BDS!

Antragsteller*in: Landesvorstand

Änderungsantrag zu V-10

Von Zeile 16 bis 20 löschen:

~~Deshalb positioniert sich BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Berlin im Sinne ihres Bekenntnisses zu einer offenen Gesellschaft und gegen jeden Antisemitismus klar gegen alle Bestrebungen der BDS-Kampagne und führen in Zukunft, nach ihren Möglichkeiten, Aufklärungs- und Bildungsarbeit durch, um die Durchsetzung der Forderungen nach Boykott, Desinvestment und Sanktionen zu verhindern.~~

V-10-016-2 Boykott ist keine Lösung - Nein zu BDS!

Antragsteller*in: Tobias Balke (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu V-10

Von Zeile 16 bis 20:

~~Deshalb positioniert sich BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Berlin im Sinne ihres Bekenntnisses zu einer offenen Gesellschaft und gegen jeden Antisemitismus klar gegen alle Bestrebungen der BDS-Kampagne und führen in Zukunft, nach ihren Möglichkeiten, Aufklärungs- und Bildungsarbeit durch, um die Durchsetzung der Forderungen nach Boykott, Desinvestment und Sanktionen zu verhindern.~~ Die deutsche Zivilgesellschaft soll zum - den Konflikt und seine Asymmetrien reflektierenden - Dialog mit allen Mitgliedern der israelischen Zivilgesellschaft bereit sein. Schon deshalb sind wir entschieden gegen jede Boykottierung, Ausgrenzung und Abweisung israelischer Künstler*innen und Wissenschaftler*innen. Aufrufe zum Boykott von israelischen Waren und Dienstleistungen halten wir ebenfalls für völlig verkehrt. In Deutschland erinnern sie, auch wo das überhaupt nicht beabsichtigt ist, zwangsläufig an das finsterste Kapitel der deutschen Geschichte. Außerdem öffnen Boykottaktionen erfahrungsgemäß eine Flanke für antisemitische Trittbrettfahrer*innen. Deshalb wirbt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin für eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung mit den Forderungen und Instrumenten der BDS-Bewegung und führt nach ihren Möglichkeiten Aufklärungs- und Bildungsarbeit durch, um eine weitere Polarisierung der Debatte zu verhindern und auf eine Konfliktregelung im Sinne der Zwei-Staaten-Lösung hinzuwirken. Denn BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Berlin ist überzeugt, dass die BDS-Bewegung effektiver und nachhaltiger durch Argumente zurückgedrängt werden kann, als durch eine pauschale Verurteilung.

Begründung

Dieser Änderungsantrag wird unterstützt von der LAG Frieden/Internationales und von Delphine Scheel, KV Charlottenburg-Wilmersdorf, Svenja Borgschulte, KV Pankow, Ursula Hertel-Lenz, KV Steglitz-Zehlendorf, David Baltzer, KV Kreisfrei, Gerd Kauschat, KV Friedrichshain-Kreuzberg, Heiner v. Marschall, KV Reinickendorf, Jörn Böhme, KV Steglitz-Zehlendorf, Kristian Brakel, KV Kreisfrei, Marcus Berendes, KV Friedrichshain-Kreuzberg, Michael Sebastian Schweiß, KV Friedrichshain-Kreuzberg, Patrick Mesenbrock, KV Mitte, Peter Lohauß, KV Charlottenburg-Wilmersdorf.

V-10-021 Boykott ist keine Lösung - Nein zu BDS!

Antragsteller*in: Landesvorstand

Änderungsantrag zu V-10

Von Zeile 21 bis 27 löschen:

~~Auch eine Zusammenarbeit von Gliederungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin mit der BDS-Kampagne ist abzulehnen. Darüber hinaus fordern wir, analog zu den Landesverbänden Bayern und Bremen, sowie dem Bundesverband der GRÜNEN JUGEND, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und ihre Gliederungen sowie Campusgrün auf, nicht mit BDS zusammenzuarbeiten. Insbesondere fordern wir die Petra-Kelly-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung auf, jegliche Zusammenarbeit sowie finanzielle oder logistische Unterstützung mit und von BDS-Gruppen einzustellen und auch in Zukunft zu unterlassen.~~

V-10-021-2 Boykott ist keine Lösung - Nein zu BDS!

Antragsteller*in: Tobias Balke (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu V-10

Von Zeile 21 bis 27:

~~Auch eine Zusammenarbeit von Gliederungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin mit der BDS-Kampagne ist abzulehnen. Darüber hinaus fordern wir, analog zu den Landesverbänden Bayern und Bremen, sowie dem Bundesverband der GRÜNEN JUGEND, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und ihre Gliederungen sowie Campusgrün auf, nicht mit BDS zusammenzuarbeiten. Insbesondere fordern wir die Petra-Kelly-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung auf, jegliche Zusammenarbeit sowie finanzielle oder logistische Unterstützung mit und von BDS-Gruppen einzustellen und auch in Zukunft zu unterlassen. Wir verurteilen entschlossen alle antisemitischen Bestrebungen, von denen einige auch unter dem Banner der BDS-Bewegung Deckung suchen. Wir missbilligen, dass die BDS-Bewegung sich zwar prinzipiell gegen Antisemitismus ausspricht, aber bis jetzt nur unzulängliche Abwehrmaßnahmen gegen antisemitische Instrumentalisierungsversuche entwickelt hat. uf der anderen Seite sehen wir auch jene Forderungen und Instrumente der BDS-Bewegung, die wir politisch ablehnen, als Teil des legitimen demokratischen Diskurses an. Solange ihre Vertreter*innen dabei die Menschenwürde beachten und sich nicht für Hass oder Gewalt- und Willkürmaßnahmen aussprechen, stehen auch ihre Handlungen unter dem Schutz der Meinungsfreiheit. Wir fordern die Gliederungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit der BDS-Bewegung auf, um diese entschieden zurückzudrängen. Sie sollen erklären, dass gemäß den Nahost-Beschlüssen von Bündnis 90/Die Grünen die EU und die Bundesregierung beide Seiten mit positiven wie negativen Anreizen zu direkten und substantiellen Friedensgesprächen mit dem Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung bewegen sollen. Sie sollen erläutern, dass nach bündnisgrünem Willen die EU und die Bundesrepublik Deutschland konkrete Maßnahmen gegen die Besatzungs- und Siedlungspolitik ergreifen sollen. Sie sollen darlegen, dass Grüne auf weitreichende Unterstützung für alle friedensfördernde, konstruktive Schritte und auf negative Konsequenzen für konfliktverschärfende, kontraproduktive Schritte durch die EU und die Bundesregierung hinarbeiten. Veranstaltungen, die einseitig die Forderungen der BDS-Bewegung unterstützen, tragen wir nicht mit.~~

Begründung

Dieser Änderungsantrag wird unterstützt von der LAG Frieden/Internationales und von Delphine Scheel, KV Charlottenburg-Wilmersdorf, Svenja Borgschulte, KV Pankow, Ursula Hertel-Lenz, KV Steglitz-Zehlendorf, David Baltzer, KV Kreisfrei, Gerd Kauschat, KV Friedrichshain-Kreuzberg, Heiner v. Marschall, KV Reinickendorf, Jörn Böhme, KV Steglitz-Zehlendorf, Kristian Brakel, KV Kreisfrei, Marcus Berendes, KV Friedrichshain-Kreuzberg, Michael Sebastian Schneiß, KV Friedrichshain-Kreuzberg, Patrick Mesenbrock, KV Mitte, Peter Lohauß, KV Charlottenburg-Wilmersdorf.

V-10 NEU-001 Nein zu BDS! - Boykott führt zu keiner Lösung

Antragsteller*in: Tobias Balke (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu V-10 NEU

In Zeile 1:

~~Nein~~ Zeile 1 bis 47 streichen und neu einfügen:

Für eine Zwei-Staaten-Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts und argumentativ gegen die BDS-Bewegung

Jede Form von Antisemitismus muss klar benannt und bekämpft werden. Dies gilt auch und grade für die Debatte zum israelisch-palästinensischen Konflikt.

Eine Friedenslösung zwischen Israel und Palästina ist und bleibt von zentraler Bedeutung für den Frieden im gesamten Nahen Osten. Glaubwürdiger, konsequenter und ausdauernder Einsatz dafür ist auch von wesentlicher Bedeutung für das Verhältnis von Muslim*innen, besonders arabischer Herkunft, zur Mehrheitsgesellschaft in Deutschland.

Bündnis 90/Die Grünen Berlin bekennt sich im vollem Umfang zu **BDS!** den grundlegenden Beschlüssen der BDKen Freiburg und Kiel „Grundlinien Grüner Nahostpolitik – Für einen dauerhaften und gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina“ und „Jetzt einen Staat Palästina auf den Weg bringen – Palästina in den VN unterstützen“, dem BuVo-Beschluss „Zwischen Umbruch in der arabischen Welt und Rückschritten im palästinensisch-israelischen Friedensprozess – Wie weiter in der deutschen Nahostpolitik?“ und den darauf aufbauenden Festlegungen in unseren Bundes- und Europawahlprogrammen. Von dieser Basis aus nimmt sie an dieser Debatte teil und setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass sie konstruktiv geführt wird und destruktive Polarisierungen überwunden werden.

In diesem Kontext wiederholen und erläutern wir die Kritik unseres Bundesvorstandes an der Bewegung „Boycott, Divestment, Sanctions“ (BDS). Wir halten es für politisch falsch und schädlich, dass die BDS-Kampagne bewusst die Frage offenhält, wie der israelisch-palästinensische Konflikt geregelt werden soll. Während wir der palästinensischen und internationalen Zivilgesellschaft nicht absprechen, selbst über gewaltfreie Strategien zur Beendigung der Besatzung zu entscheiden, lehnt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin einen Boykott Israels als Instrument deutscher und europäischer Politik ab.

Die deutsche Zivilgesellschaft soll zum - den Konflikt und seine Asymmetrien reflektierenden - Dialog mit allen Mitgliedern der israelischen Zivilgesellschaft bereit sein. Schon deshalb sind wir entschieden gegen jede Boykottierung, Ausgrenzung und Abweisung israelischer Künstler*innen und Wissenschaftler*innen. Aufrufe zum Boykott von israelischen Waren und Dienstleistungen halten wir ebenfalls für völlig verkehrt. In Deutschland erinnern sie, auch wo das überhaupt nicht beabsichtigt ist, zwangsläufig an das finsterste Kapitel der deutschen Geschichte. Außerdem öffnen Boykottaktionen erfahrungsgemäß eine Flanke für antisemitische Trittbrettfahrer*innen. Deshalb wirbt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin für eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung mit den Forderungen und Instrumenten der BDS-Bewegung und führt nach ihren Möglichkeiten Aufklärungs- und Bildungsarbeit durch, um eine weitere Polarisierung der Debatte zu **keiner Lösung** verhindern und auf eine Konfliktregelung im Sinne der Zwei-Staaten-Lösung hinzuarbeiten. Denn BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Berlin ist überzeugt, dass die BDS-Bewegung effektiver und nachhaltiger durch Argumente zurückgedrängt werden kann, als durch eine pauschale Verurteilung.

Wir verurteilen entschlossen alle antisemitischen Bestrebungen, von denen einige auch unter dem Banner der BDS-Bewegung Deckung suchen. Wir missbilligen, dass die BDS-Bewegung sich zwar prinzipiell gegen Antisemitismus ausspricht, aber bis jetzt nur unzulängliche Abwehrmaßnahmen gegen antisemitische Instrumentalisierungsversuche entwickelt hat. Auf der anderen Seite sehen wir auch jene Forderungen und Instrumente der BDS-Bewegung, die wir politisch ablehnen, als Teil des legitimen demokratischen Diskurses an. Solange ihre Vertreter*innen dabei die Menschenwürde beachten und sich nicht für Hass oder Gewalt- und Willkürmaßnahmen aussprechen, stehen auch ihre Handlungen unter dem Schutz der Meinungsfreiheit. Wir fordern die Gliederungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit der BDS-Bewegung auf, um diese entschieden zurückzudrängen. Sie sollen erklären, dass gemäß den Nahost-Beschlüssen von Bündnis 90/Die Grünen die EU und die Bundesregierung beide Seiten mit positiven wie negativen Anreizen zu direkten und substantiellen Friedensgesprächen mit dem Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung bewegen sollen. Sie sollen erläutern, dass nach bündnisgrünem Willen die EU und die Bundesrepublik Deutschland konkrete Maßnahmen gegen die Besatzungs- und Siedlungspolitik ergreifen sollen. Sie sollen darlegen, dass Grüne auf weitreichende Unterstützung für alle friedensfördernde, konstruktive Schritte und auf negative Konsequenzen für konfliktverschärfende, kontraproduktive Schritte durch die EU und die Bundesregierung hinarbeiten. Veranstaltungen, die einseitig die Forderungen der BDS-Bewegung unterstützen, tragen wir nicht mit.

Begründung

Unterstützer*innen:

LAG Frieden/Internationales, Delphine Scheel, KV Charlottenburg-Wilmersdorf, Ursula Hertel-Lenz, KV Steglitz-Zehlendorf, David Baltzer, KV Kreisfrei, Heiner v. Marschall, KV Reinickendorf, Kristian Brakel, KV Kreisfrei, Patrick Mesenbrock, KV Mitte, u.a.

Zur Beschlusslage auf Bundesebene:

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Nahost-dauerhafter-Frieden-Beschluss-BDK-Freiburg-11-2010.pdf ,

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Aussenpolitik-Staat-Palaestina-Beschluss-BDK-Kiel-11-2011.pdf ,

http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/20150909_Beschluss_BuVo_Nahost_FINAL.pdf

,

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Gruenes-Bundestagswahlprogramm-2013.pdf ,
dort S. 315,

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Gruenes-Europawahlprogramm-2014.pdf , dort
S. 110,

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm
, dort S. 82 f.

Zu BDS: <https://bdsmovement.net/call> , <https://bdsmovement.net/what-is-bds> ,
<https://bdsmovement.net/news/racism-and-racial-discrimination-are-antithesis-freedom-justice-equality> ,
http://bds-kampagne.de/wp-content/uploads/2017/11/171121_BNC-an-Stadtrat-M%C3%BCnchen.pdf ,
<http://www.fr.de/politik/meinung/gastbeitraege/bds-kampagne-freunde-israels-boykottiert-diesen-staat-a-1243434>

.

Weitere Begründung per Mail (auf Anfrage an tobias.balke@t-online.de) und mündlich.

V-10 NEU-001-2 Nein zu BDS! - Boykott führt zu keiner Lösung

Antragsteller*in: Tobias Balke, KV Charlottenburg-Wilmersdorf

Titel

Ändern in:

ersetzen durch "Für eine Zwei-Staaten-Lösung - argumentativ gegen die BDS-Bewegung - Boykott führt zu keiner Lösung"

Änderungsantrag zu V-10 NEU

In Zeile 1:

~~Nein zu BDS!~~Für eine Zwei-Staaten-Lösung - argumentativ gegen die BDS-Bewegung - Boykott führt zu keiner Lösung

Begründung

siehe Begründung zum Antrag V-10-neu-001

V-10 NEU-002 Nein zu BDS! - Boykott führt zu keiner Lösung

Antragsteller*in: Tobias Balke, KV Charlottenburg-Wilmersdorf

Änderungsantrag zu V-10 NEU

Von Zeile 2 bis 7:

~~Die internationale Kampagne „Boycott, Divestments, Sanctions“ (BDS) fordert einen Boykott des jüdischen und demokratischen Staates Israel, seiner Unternehmer*innen, Wissenschaftler*innen und Künstler*innen. Aus ihr heraus kam es immer wieder zu eindeutig antisemitischen Vorfällen und antisemitischen Angriffen. Dies verurteilen wir aufs schärfste. Auch in Berlin gibt es Veranstaltungen der BDS-Kampagne. Dies gilt auch und grade für die Debatte zum israelisch-palästinensischen Konflikt. Eine Friedenslösung zwischen Israel und Palästina ist und bleibt von zentraler Bedeutung für den Frieden im gesamten Nahen Osten. Glaubwürdiger, konsequenter und ausdauernder Einsatz dafür ist auch von wesentlicher Bedeutung für das Verhältnis von Muslim*innen, besonders arabischer Herkunft, zur Mehrheitsgesellschaft in Deutschland.~~

Begründung

siehe Begründung zum Antrag V-10-neu-001

V-10 NEU-005 Nein zu BDS! - Boykott führt zu keiner Lösung

Antragsteller*in: Svenja Künstler (KV Mitte), Arndt Adler (KV Mitte), Daniel Gollasch (KV Mitte), Martin Johnki (KV Mitte), Tilo Fuchs (KV Mitte), Heinz Rudolf Umlauf (KV Mitte), Heike Kähler (KV Mitte)

Änderungsantrag zu V-10 NEU

In Zeile 5 einfügen:
und Künstler*innen. [Dies lehnen wir ab.](#)

Begründung

Wir lehnen den Boykott nicht nur wie in Zeile 17 schon benannt als Instrument der Politik ab, sondern stellen uns auch gegen den Aufruf nach einem individuellem Boykott Israels und seiner Produkte.

V-10 NEU-008 Nein zu BDS! - Boykott führt zu keiner Lösung

Antragsteller*in: Paul Meyer-Dunker

Änderungsantrag zu V-10 NEU

Von Zeile 8 bis 11:

~~Dass die BDS-Kampagne bewusst die Frage offen hält, wie der israelisch-palästinensische Konflikt geregelt werden soll, halten wir für politisch falsch und schädlich. Damit setzt sie sich dem Verdacht aus, den Fortbestand des Staates Israel nicht zu wollen und trägt ihrerseits dazu bei, die Zwei-Staaten-Perspektive zu untergraben. Mit dem Aufruf keine Produkte aus Israel zu kaufen reproduzieren sie die Nationalsozialistische Parole „Kauft nicht bei Juden!“ Dass die BDS-Kampagne eine Einstaatenlösung propagiert in dem die Schutzfunktion Israels als jüdischer Staat nicht mehr existiert halten wir für grundfalsch.~~

Begründung

Die Formulierung im Antrag ist mehr als unpräzise. Alle 33 deutschen BDS Gruppen unterstützen den Original BDS Aufruf aus dem klar hervorgeht, dass eine "Rückgabe ALLEN arabischen Landes" und die Nichtexistenz eines jüdischen Staates das Ziel sind. Im Gegenzug dazu wird von nur 24 der 33 Gruppierungen auch die entschärfte Version unterstützt, die einen palästinensischen Staat nach 1967 fordert aber auch hier weiterhin die Auflösung Israels als jüdischen Staat fordert. Insofern ist es eine verharmlosung von BDS, zu sagen dass sie ihre Haltung im unklaren lassen. BDS und viele der Vertreter*innen machen sehr deutlich, dass Israel so wie es existiert für sie keinen Platz und kein Existenzrecht hat.

V-10 NEU-008-2 Nein zu BDS! - Boykott führt zu keiner Lösung

Antragsteller*in: Tobias Balke, KV Charlottenburg-Wilmersdorf

Änderungsantrag zu V-10 NEU

Von Zeile 8 bis 11:

~~Dass die BDS-Kampagne bewusst die Frage offen hält, wie der israelisch-palästinensische Konflikt geregelt werden soll, halten wir für politisch falsch und schädlich. Damit setzt sie sich dem Verdacht aus, den Fortbestand des Staates Israel nicht zu wollen und trägt ihrerseits dazu bei, die Zwei-Staaten-Perspektive zu untergraben.~~ In diesem Kontext wiederholen und erläutern wir die Kritik unseres Bundesvorstandes an der Bewegung „Boycott, Divestment, Sanctions“ (BDS). Wir halten es für politisch falsch und schädlich, dass die BDS-Kampagne bewusst die Frage offenhält, wie der israelisch-palästinensische Konflikt geregelt werden soll. Während wir der palästinensischen und internationalen Zivilgesellschaft nicht absprechen, selbst über gewaltfreie Strategien zur Beendigung der Besatzung zu entscheiden, lehnt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin einen Boykott Israels als Instrument deutscher und europäischer Politik ab.

Begründung

siehe Begründung zum Antrag V-10-neu-001

V-10 NEU-012 Nein zu BDS! - Boykott führt zu keiner Lösung

Antragsteller*in: Tobias Balke, KV Charlottenburg-Wilmersdorf

Änderungsantrag zu V-10 NEU

Von Zeile 12 bis 17:

~~Deshalb positioniert sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin im Sinne ihres Bekenntnisses zu einer offenen Gesellschaft und gegen jeden Antisemitismus klar gegen alle antisemitischen Bestrebungen der BDS-Kampagne und führen in Zukunft, nach ihren Möglichkeiten, Aufklärungs- und Bildungsarbeit durch, um die Durchsetzung der Forderungen nach Boykott, Desinvestment und Sanktionen zu verhindern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin lehnen einen Boykott Israels als Instrument deutscher und europäischer Politik ab.~~ Bündnis 90/Die Grünen Berlin bekennt sich im vollem Umfang zu den grundlegenden Beschlüssen der BDKen Freiburg und Kiel „Grundlinien Grüner Nahostpolitik – Für einen dauerhaften und gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina“ und „Jetzt einen Staat Palästina auf den Weg bringen – Palästina in den VN unterstützen“, dem BuVo-Beschluss „Zwischen Umbruch in der arabischen Welt und Rückschritten im palästinensisch-israelischen Friedensprozess – Wie weiter in der deutschen Nahostpolitik?“ und den darauf aufbauenden Festlegungen in unseren Bundes- und Europawahlprogrammen.

Begründung

siehe Begründung zum Antrag V-10-neu-001

V-10 NEU-018 Nein zu BDS! - Boykott führt zu keiner Lösung

Antragsteller*in: Tobias Balke, KV Charlottenburg-Wilmersdorf

Änderungsantrag zu V-10 NEU

Von Zeile 18 bis 24:

~~Wir wollen mit allen Kräften in Israel und Palästina zusammenarbeiten, die sich friedlich für eine Zwei-Staaten-Regelung und einen lebensfähigen palästinensischen Staat in Gaza und der Westbank einsetzen. In der Frage des Existenzrechts und der Sicherheit Israels darf es keine Uneindeutigkeit geben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin stehen ohne Wenn und Aber zum Existenzrecht Israels als unabdingbarem Bestandteil einer Zwei-Staaten-Regelung und damit einer friedlichen gleichberechtigten Regelung des Nahostkonfliktes, entsprechend der Beschlüsse der BDK und des Bundesvorstandes. Von dieser Basis aus nimmt sie an dieser Debatte teil und setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass sie konstruktiv geführt wird und destruktive Polarisierungen überwunden werden.~~

Begründung

siehe Begründung zum Antrag V-10-neu-001

V-10 NEU-025 Nein zu BDS! - Boykott führt zu keiner Lösung

Antragsteller*in: Tobias Balke, KV Charlottenburg-Wilmersdorf

Änderungsantrag zu V-10 NEU

Von Zeile 25 bis 35:

~~Auch eine Zusammenarbeit von Gliederungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin mit der BDS-Kampagne und antisemitischen Akteur*innen der Kampagne ist abzulehnen. Darüber hinaus fordern wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und ihre Gliederungen auf nicht mit der BDS-Kampagne zusammenzuarbeiten und sich inhaltlich mit ihr auseinanderzusetzen um sie entschieden zurückzudrängen. Wir erwarten von politisch tätigen Menschen in Deutschland, dass sie im Bewusstsein unserer historischen Verantwortung handeln. Man kann an der israelischen Regierung berechnete Kritik üben. In Deutschland generell israelische Waren, Künstler*innen und Wissenschaftler*innen zu boykottieren und den kulturellen Austausch zwischen Israelis und Deutschen abzulehnen, wird nach unserer Auffassung unserer historischen Verantwortung in keiner Weise gerecht. Wir setzen auf Partner*innen, die gemeinsam mit uns für eine emanzipatorische und gerechte Gesellschaft streiten. Die deutsche Zivilgesellschaft soll zum - den Konflikt und seine Asymmetrien reflektierenden - Dialog mit allen Mitgliedern der israelischen Zivilgesellschaft bereit sein. Schon deshalb sind wir entschieden gegen jede Boykottierung, Ausgrenzung und Abweisung israelischer Künstler*innen und Wissenschaftler*innen. Aufrufe zum Boykott von israelischen Waren und Dienstleistungen halten wir ebenfalls für völlig verkehrt. In Deutschland erinnern sie, auch wo das überhaupt nicht beabsichtigt ist, zwangsläufig an das finsterste Kapitel der deutschen Geschichte. Außerdem öffnen Boykottaktionen erfahrungsgemäß eine Flanke für antisemitische Trittbrettfahrer*innen. Deshalb wirbt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin für eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung mit den Forderungen und Instrumenten der BDS-Bewegung und führt nach ihren Möglichkeiten Aufklärungs- und Bildungsarbeit durch, um eine weitere Polarisierung der Debatte zu verhindern und auf eine Konfliktregelung im Sinne der Zwei-Staaten-Lösung hinzuarbeiten. Denn BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Berlin ist überzeugt, dass die BDS-Bewegung effektiver und nachhaltiger durch Argumente zurückgedrängt werden kann, als durch eine pauschale Verurteilung.~~

Begründung

siehe Begründung zum Antrag V-10-neu-001

V-10 NEU-036 Nein zu BDS! - Boykott führt zu keiner Lösung

Antragsteller*in: Tobias Balke, KV Charlottenburg-Wilmersdorf

Änderungsantrag zu V-10 NEU

Von Zeile 36 bis 43:

~~Angriffe auf offener Straße, Hate Speech im Netz, Bedrohungen und Hetze überall — Jüdinnen*Juden in Deutschland wägen jeden Tag ab, ob sie offen als Jüdin*Jude auftreten, mit Kippot das Haus verlassen oder unbesorgt eine Synagoge besuchen können. Antisemitismus ist dabei kein Vorurteil, sondern eine welterklärende Verschwörungsideologie, die alles Übel in Juden*Jüdinnen und in ihrer Vernichtung die Befreiung vom Bösen sieht. Antisemitische Einstellungen sind quer durch alle Teile der Gesellschaft zu finden und prägen den Alltag der Betroffenen — aber Antisemitismus ist nicht das Problem der Jüdinnen*Juden, sondern geht uns alle an. Wir verurteilen entschlossen alle antisemitischen Bestrebungen, von denen einige auch unter dem Banner der BDS-Bewegung Deckung suchen. Wir missbilligen, dass die BDS-Bewegung sich zwar prinzipiell gegen Antisemitismus ausspricht, aber bis jetzt nur unzulängliche Abwehrmaßnahmen gegen antisemitische Instrumentalisierungsversuche entwickelt hat. Auf der anderen Seite sehen wir auch jene Forderungen und Instrumente der BDS-Bewegung, die wir politisch ablehnen, als Teil des legitimen demokratischen Diskurses an. Solange ihre Vertreter*innen dabei die Menschenwürde beachten und sich nicht für Hass oder Gewalt- und Willkürmaßnahmen aussprechen, stehen auch ihre Handlungen unter dem Schutz der Meinungsfreiheit.~~

Begründung

siehe Begründung zum Antrag V-10-neu-001

V-10 NEU-044 Nein zu BDS! - Boykott führt zu keiner Lösung

Antragsteller*in: Tobias Balke, KV Charlottenburg-Wilmersdorf

Änderungsantrag zu V-10 NEU

Von Zeile 44 bis 47:

~~Eine konsequente Erfassung und Verfolgung antisemitischer Straftaten abseits der ohnehin problematischen polizeilichen ‚Politisch motivierten Kriminalitätsstatistiken‘ ist längst überfällig. Auch muss die Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten zur Antisemitismusprävention sowie zur Unterstützung Betroffener verbessert werden. Wir fordern die Gliederungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit der BDS-Bewegung auf, um diese entschieden zurückzudrängen. Sie sollen erklären, dass gemäß den Nahost-Beschlüssen von Bündnis 90/Die Grünen die EU und die Bundesregierung beide Seiten mit positiven wie negativen Anreizen zu direkten und substantiellen Friedensgesprächen mit dem Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung bewegen sollen. Sie sollen erläutern, dass nach bündnisgrünem Willen die EU und die Bundesrepublik Deutschland konkrete Maßnahmen gegen die Besatzungs- und Siedlungspolitik ergreifen sollen. Sie sollen darlegen, dass Grüne auf weitreichende Unterstützung für alle friedensfördernde, konstruktive Schritte und auf negative Konsequenzen für konfliktverschärfende, kontraproduktive Schritte durch die EU und die Bundesregierung hinarbeiten. Veranstaltungen, die einseitig die Forderungen der BDS-Bewegung unterstützen, tragen wir nicht mit.~~

Begründung

siehe Begründung zum Antrag V-10-neu-001

V-11-001 Reformationstag zum gesetzlichen Feiertag machen

Antragsteller*in: Nikolas Becker (KV Friedrichshain-Kreuberg)

Änderungsantrag zu V-11

In Zeile 1:

Reformationstag **Europatag** zum gesetzlichen Feiertag machen

Begründung

Das Anliegen des Antrages, mit einem Feiertag für größere Toleranz gegenüber den verschiedenen Kulturen und Religionen zu werben, ist gut und richtig. Es bleibt jedoch unklar, wieso dieses Vorhaben durch die Hervorhebung eines Feiertages einer bestimmten Religionsgemeinschaft best möglich umgesetzt wäre.

Besser geeignet das Anliegen zu vertreten, wäre hingegen ein überkonfessioneller Feiertag. Ich schlage daher den Europatag am 9. Mai als gesetzlichen Feiertag vor. Der Europatag erinnert seit 1985 an die Gründung der Europäischen Union. Wie kein anderer Feiertag unterstützt er gemäß dem Motto der EU "In Vielfalt geeint" die Ideen der Solidarität und der Akzeptanz kultureller und religiöser Vielfalt.

Berlin, dem kulturellen Schmelztiegel, dem Wohnort vieler Unionsbürger verschiedenster Herkunftsländer, dem progressiven Zentrum der Union würde der Europatag als gesetzlicher Feiertag bestens zu Gesicht stehen.

V-11-001-2 Reformationstag zum gesetzlichen Feiertag machen

Antragsteller*in: Julia Dittmann (Berlin-Kreisfrei KV)

Titel

Ändern in:

Ein Vielfalts-Feiertag für Berlin

Änderungsantrag zu V-11

In Zeile 1:

~~Reformationstag zum gesetzlichen Feiertag machen~~ Ein Vielfalts-Feiertag für Berlin

Begründung

Berlin hat seit jeher den Ruf als weltoffene und vielfältige Stadt. Ob ein Mensch hier geboren wurde oder nicht, ist uns Grünen egal, genauso wie die Hautfarbe, das Geschlecht, der soziale Status, die sexuelle Orientierung oder Identität, eine Behinderung, körperliche Merkmale und ob jemand einer Religion angehört oder nicht. Uns geht es darum, allen Menschen ein selbstbestimmtes und freies Leben zu ermöglichen.

Doch obwohl Berlin die eigene Vielfalt liebt und es außerdem so gut versteht zu feiern, feiert es bisher nicht die eigene Vielfalt. Landesantidiskriminierungsgesetz und Diversity-Strategie sind gute und wichtige Vorhaben, es fehlt jedoch noch ein Instrument der Anerkennung und Kontemplation.

Feiertage (und Sonntage) sind laut Grundgesetz „Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung“. Die Berliner Landesverfassung garantiert die genannten Grundrechte. Viele Berliner*innen sind sich der eigenen Privilegien nicht bewusst; Andere bekommen nicht die Anerkennung und Unterstützung, die sie brauchen und die ihnen zusteht. Beiden Gruppen könnte ein Tag der Vielfalt nutzen, an dem sie sich austauschen, informieren, ausruhen – und feiern.

Gerade in Berlin sind viele Menschen keiner christlichen oder gar keiner Religionsgemeinschaft zugehörig und fühlen sich daher von den christlichen Feiertagen kaum angesprochen. Berlin ist aktuell das Bundesland mit den wenigsten gesetzlichen Feiertagen: neun an der Zahl, während zum Beispiel Beschäftigten in Bayern ganze 13 freie Tage zugestanden werden. Den nicht christlichen und nicht religiösen Berliner*innen bleiben nur der Neujahrstag, der Tag der Arbeit und der Tag der deutschen Einheit - ein mageres Drittel der ohnehin wenigen Feiertage in Berlin. Ein weiterer säkularer Feiertag böte ihnen Anerkennung und ein Gefühl der Zugehörigkeit.

Statt einer weiteren bestimmten Religion einen Feiertag zuzugestehen, der wieder Menschen ausschließt, soll der Vielfalts-Feiertag ein Tag für alle Berliner*innen sein. Unabhängig von ihrer Religion, Hautfarbe, Herkunft, sexuellen Orientierung oder Identität und sonstigen identitätsbildenden Merkmalen dürfen an diesem Tag alle, die hier leben, diese großartige und vielfältige Stadt feiern.

Unterstützer*innen:

Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Ali Onur Firat, KV Neukölln

Andrea Bossmann, KV Kreisfrei, Abteilung Frauen* und Gender

Ezgi Özcan, KV Kreisfrei, LAG Migration und Flucht

Eva Molau, KV Lichtenberg

Louisa Hattendorff, KV Kreisfrei, Grüne Jugend Berlin

Maria Meisterernst, KV Kreisfrei

Sebastian Steinbach, LAG Netzpolitik

Sebastian Walter, KV Tempelhof-Schöneberg

Sibylle Steffan, KV Berlin-Neukölln

Till Schwerkolt, KV Tempelhof-Schöneberg

Ulli Reichardt, KV Kreisfrei

V-11-001-3 Reformationstag zum gesetzlichen Feiertag machen

Antragsteller*in: Daniela Ehlers (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-11

In Zeile 1:

~~Reformationstag zum~~ Frauen*kanpftagzum gesetzlichen Feiertag machen

Begründung

Frauen*bilden mehr als die Hälfte der Berliner Bevölkerung. Während es schon mehrere Christliche Feiertage gibt, geht der Frauen*Kampftag häufig unter oder wird lediglich mit einer Rose am Bahnhof oder Kosmetikrabataktionen gefeiert

V-11-002 Reformationstag zum gesetzlichen Feiertag machen

Antragsteller*in: Nikolas Becker (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Titel

Ändern in:

Europatag zum gesetzlichen Feiertag machen

Änderungsantrag zu V-11

Von Zeile 2 bis 3:

Der Landesverband Berlin von Bündnis 90/Die Grünen setzt sich für die Aufnahme des ~~31. Oktober~~ Mai
~~-Reformationstag~~ Europatag- in das Berliner Sonn- und Feiertagsgesetz als gesetzlichen

Begründung

Das Anliegen des Antrages, mit einem Feiertag für größere Toleranz gegenüber den verschiedenen Kulturen und Religionen zu werben, ist gut und richtig. Es bleibt jedoch unklar, wieso dieses Vorhaben durch die Hervorhebung eines Feiertages einer bestimmten Religionsgemeinschaft best möglich umgesetzt wäre.

Besser geeignet das Anliegen zu vertreten, wäre hingegen ein überkonfessioneller Feiertag. Ich schlage daher den Europatag am 9. Mai als gesetzlichen Feiertag vor. Der Europatag erinnert seit 1985 an die Gründung der Europäischen Union. Wie kein anderer Feiertag unterstützt er gemäß dem Motto der EU "In Vielfalt geeint" die Ideen der Solidarität und der Akzeptanz kultureller und religiöser Vielfalt.

Berlin, dem kulturellen Schmelztiegel, dem Wohnort vieler Unionsbürger verschiedenster Herkunftsländer, dem progressiven Zentrum der Union würde der Europatag als gesetzlicher Feiertag bestens zu Gesicht stehen.

V-11-002-2 Reformationstag zum gesetzlichen Feiertag machen

Antragsteller*in: Julia Dittmann (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu V-11

Von Zeile 2 bis 4:

Der Landesverband Berlin von Bündnis 90/Die Grünen setzt sich für die Aufnahme ~~des 31. Oktober~~ ~~-Reformationstag-~~ eines „Tages der Vielfalt“ in das Berliner Sonn- und Feiertagsgesetz als gesetzlichen Feiertag ein.

Als Datum bietet sich der 8. Juni an – der Tag, an dem im Jahr 1995 die Berliner Verfassung in ihrer aktuellen Version beschlossen wurde. Darin sind die Grundrechte verankert, die wir an diesem Tag feiern wollen.

Der Senat ist gefordert, für diesen Tag Mittel bereitzustellen, auf die zivilgesellschaftliche Projekte sich bewerben können, die am Tag der Vielfalt eine produktive Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex anbieten. Bereiche sind Gendergerechtigkeit, Einwanderungsgesellschaft, religiöse Vielfalt, sexuelle Selbstbestimmung, Ableism sichtbar machen und Barrierefreiheit. Ziel ist das Empowerment marginalisierter Gruppen, Menschen für ihre Privilegien zu sensibilisieren sowie Vorurteile und Stereotype abzubauen. Damit kommt der Senat seinem Bildungsauftrag nach und überlässt diese wichtige Bildungsarbeit nicht allein der Zivilgesellschaft.

Begründung

Berlin hat seit jeher den Ruf als weltoffene und vielfältige Stadt. Ob ein Mensch hier geboren wurde oder nicht, ist uns Grünen egal, genauso wie die Hautfarbe, das Geschlecht, der soziale Status, die sexuelle Orientierung oder Identität, eine Behinderung, körperliche Merkmale und ob jemand einer Religion angehört oder nicht. Uns geht es darum, allen Menschen ein selbstbestimmtes und freies Leben zu ermöglichen.

Doch obwohl Berlin die eigene Vielfalt liebt und es außerdem so gut versteht zu feiern, feiert es bisher nicht die eigene Vielfalt. Landesantidiskriminierungsgesetz und Diversity-Strategie sind gute und wichtige Vorhaben, es fehlt jedoch noch ein Instrument der Anerkennung und Kontemplation.

Feiertage (und Sonntage) sind laut Grundgesetz „Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung“. Die Berliner Landesverfassung garantiert die genannten Grundrechte. Viele Berliner*innen sind sich der eigenen Privilegien nicht bewusst; Andere bekommen nicht die Anerkennung und Unterstützung, die sie brauchen und die ihnen zusteht. Beiden Gruppen könnte ein Tag der Vielfalt nutzen, an dem sie sich austauschen, informieren, ausruhen – und feiern.

Gerade in Berlin sind viele Menschen keiner christlichen oder gar keiner Religionsgemeinschaft zugehörig und fühlen sich daher von den christlichen Feiertagen kaum angesprochen. Berlin ist aktuell das Bundesland mit den wenigsten gesetzlichen Feiertagen: neun an der Zahl, während zum Beispiel Beschäftigten in Bayern ganze 13 freie Tage zugestanden werden. Den nicht christlichen und nicht religiösen Berliner*innen bleiben nur der Neujahrstag, der Tag der Arbeit und der Tag der deutschen Einheit - ein mageres Drittel der ohnehin wenigen Feiertage in Berlin. Ein weiterer säkularer Feiertag böte ihnen Anerkennung und ein Gefühl der Zugehörigkeit.

Statt einer weiteren bestimmten Religion einen Feiertag zuzugestehen, der wieder Menschen ausschließt, soll der Vielfalts-Feiertag ein Tag für alle Berliner*innen sein. Unabhängig von ihrer Religion, Hautfarbe,

Herkunft, sexuellen Orientierung oder Identität und sonstigen identitätsbildenden Merkmalen dürfen an diesem Tag alle, die hier leben, diese großartige und vielfältige Stadt feiern.

Unterstützer*innen:

Landesvorstand, Grüne Jugend Berlin

Ali Onur Firat, KV Neukölln

Andrea Bossmann, KV Kreisfrei, Abteilung Frauen* und Gender

Ezgi Özcan, KV Kreisfrei, LAG Migration und Flucht

Eva Molau, KV Lichtenberg

Louisa Hattendorff, KV Kreisfrei, Grüne Jugend Berlin

Maria Meisterernst, KV Kreisfrei

Sebastian Steinbach, LAG Netzpolitik

Sebastian Walter, KV Tempelhof-Schöneberg

Sibylle Steffan, KV Berlin-Neukölln

Till Schwerkolt, KV Tempelhof-Schöneberg

Ulli Reichardt, KV Kreisfrei

V-11-002-3 Reformationstag zum gesetzlichen Feiertag machen

Antragsteller*in: Daniela Ehlers (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-11

Von Zeile 2 bis 3:

Der Landesverband Berlin von Bündnis 90/Die Grünen setzt sich für die Aufnahme des ~~31.8. Oktober~~März
~~-Reformationstag~~Frauen*kampftag- in das Berliner Sonn- und Feiertagsgesetz als gesetzlichen

Begründung

BEGRÜNDUNG

Frauen*bilden mehr als die Hälfte der Berliner Bevölkerung. Während es schon mehrere Christliche Feiertage gibt, geht der Frauen*Kampftag häufig unter oder wird lediglich mit einer Rose am Bahnhof oder Kosmetikratabaktioben gefeiert

V-11-002-4 Reformationstag zum gesetzlichen Feiertag machen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 15.04.2018

Titel

Ändern in:

Feiertag für alle Berliner*innen

Änderungsantrag zu V-11

Von Zeile 2 bis 4:

~~Der Landesverband Berlin von Bündnis 90/Die Grünen setzt sich für die Aufnahme des 31. Oktober
-Reformationstag- in das Berliner Sonn- und Feiertagsgesetz als gesetzlichen Feiertag ein.~~

Der Landesverband Berlin von Bündnis 90/Die Grünen sieht in der Diskussion um einen weiteren
gesetzlichen Feiertag viele Chancen und Risiken. Entscheidend ist für uns die Art und Weise, wie diese
Diskussion - sowohl über das Ob als auch über die Frage, welcher Tag gewählt werden sollte - geführt
wird. Hierbei soll keine Gruppe bevorzugt oder diskriminiert werden.

Sollte ein weiterer Feiertag geschaffen werden, muss dies ein Tag sein, mit dem sich alle Berliner*innen
identifizieren können. Entsprechend wären die Bürger*innen in die Entscheidung mit einzubeziehen.

V-11-002-5 Reformationstag zum gesetzlichen Feiertag machen

Antragsteller*in: Herbert Nebel (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Titel

Ändern in:

Internationalen Frauentag zum gesetzlichen Feiertag machen

Änderungsantrag zu V-11

Von Zeile 2 bis 3:

Der Landesverband Berlin von Bündnis 90/Die Grünen setzt sich für die Aufnahme des ~~31.8. Oktober~~ März – Internationaler Frauentag ~~-Reformationstag-~~ in das Berliner Sonn- und Feiertagsgesetz als gesetzlichen

Begründung

Die ungleiche Verteilung von gesetzlichen Feiertagen in den Bundesländern ist gerade aus der Sicht der Beschäftigten ungerechtfertigt. Die nördlichen Bundesländer haben im Verhältnis zu den südlichen Bundesländern im Durchschnitt deutlich weniger gesetzliche Feiertage.

Wir begrüßen die Haltung des Berliner Senats, die Schaffung des Reformationstages als eines (weiteren) religiösen Feiertages abzulehnen. Nicht nur wegen seiner antisemitischen Ausfälle kann Martin Luther kein Vorbild für die Einrichtung eines Feiertags sein. Auch der evangelische Buß- und Betttag oder der katholische Heilige-Dreikönigstag sind keine geeigneten Gedenktage für die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit. Gesetzliche Feiertage, die lediglich eine Gruppe ansprechen und andere ausschließen, können ihren gesellschaftlichen Integrationsauftrag nicht erfüllen. In Berlin sind lediglich 19 Prozent der Bevölkerung Angehörige Protestanten und lediglich 9 Prozent gehören der Römisch-Katholischen Kirche an.

Ein neuer Feiertag muss einen Beitrag leisten, die Gesellschaft in ihrer Vielfalt zusammenführen und nicht aufzuspalten. Er sollte darüber hinaus nicht allein nationale Bedeutung haben, sondern ähnlich wie der 1. Mai auch international begangen werden. Er muss in der Erinnerung der Menschen lebendig sein und zugleich in die Zukunft ausstrahlen. Ein solcher Tag soll Debatten anregen und zugleich Menschen über nationale, ethnische und religiös-weltanschauliche Schranken hinweg zusammenführen.

Der 8. März als Internationaler Frauentag erfüllt in hervorragender Weise diese Voraussetzungen, als gesetzlicher Feiertag in Berlin begangen zu werden.

Die weiteren Vorschläge für säkulare Feiertage sind allesamt bedeutsam und bedenkenswert.

Wichtig ist, dass ein neuer Feiertag aus der Zivilgesellschaft getragen wird und nicht nur von offiziellen staatlichen Gedenkfeiern geprägt ist.

Der Internationale Frauentag aber ist in diesem Sinne ein lebendiger zivilgesellschaftlicher Gedenk- und Aktionstag; es gibt viele gute und politisch bedeutsame Gründe, das von den Frauen in langem Kampf Erreichte zu feiern und das Augenmerk auf das zu richten, was weiter notwendig ist. Nur als einige wenige Beispiele hierfür seien erwähnt: „me too“, ungleiche Chancen von Frauen und Männern im Beruf, ungleiche Chancen bei der Entlohnung, die grauenvolle Genitalverstümmelung von Frauen, die aktuellen „Hexen“-Jagden in Afrika (die die Hexenverfolgung des europäischen Mittelalters im Ausmaß weit

übertreffen), die Diskriminierung von und der Zwang gegenüber Frauen in „Gottesstaaten“ und in konservativ-religiösen Gesellschaften, die weltweite Verwehrung des Zugangs von Mädchen zu Bildung. die besondere extreme Betroffenheit von Mädchen und Frauen in Konflikten (und auch auf Fluchtwegen) durch sexualisierte Gewalt, Frauenhandel und Zwang zur Prostitution.

Der Internationale Frauentag ist ein Tag, der nicht ausschließlich Frauen angeht, sondern alle Geschlechter.

Herbert Nebel (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Walter Otte (LAG Säkulare Grüne)

Gudrun Pannier (LAG Säkulare Grüne)

Christine Rabe (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Sarkis Bisanz (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Chris Hawel (KV Tempelhof-Schöneberg)

D-01-002 Klimaschutz statt mehr Flugverkehr

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 19.04.2018

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 2 bis 10:

~~Die ab 9.5.2018 gültige Entgeltordnung der Berliner Flughafengesellschaft mbH für den Flughafen Berlin-Tegel ist gegenüber der bisher gültigen mit geänderten verkehrsfördernden Konditionen versehen, die Langstreckenflüge zu neuen Zielen noch wesentlich stärker subventionieren als bisher. Dieser Anreiz geht aus grüner Sicht in die falsche Richtung. Deshalb sollte die Senatsverwaltung Umwelt, Verkehr und Klimaschutz im Interesse des Klimaschutzes und des Emissionsschutzes darauf hinwirken, dass sich das Land Berlin in der Gesellschafterversammlung der Flughafengesellschaft dafür stark macht, dass solche Rabatte künftig und baldmöglichst nicht mehr gewährt werden.~~

Flugverkehr ist die klimaschädlichste Art des Reisens. Dazu kommt die Lärmbelastung der Anwohner*innen am An- und Abflugort.

Viele Faktoren beeinflussen die Attraktivität von Flugreisen. Ein wichtiger Faktor ist der Ticket-Preis, ein anderer die Kosten der Fluggesellschaften. Beides lässt sich beeinflussen:

Auf Bundesebene setzen sich Bündnis 90/Die Grünen weiter dafür ein, Kerosin und Flugtickets fair zu besteuern und die Benachteiligung von Bahn und Fernbussen zu beenden.

Auch auf Landesebene können wir den Flugverkehr ökologischer machen. Dazu gehört die Entgeltordnung der Berliner Flughäfen. Sie ist der Preiskatalog für die Fluggesellschaften, die Berlin ansteuern.

Die kürzlich beschlossene Entgeltordnung entspricht nicht unseren Ansprüchen. Um eine ökologische Steuerungswirkung zu bewirken, muss die Entgeltordnung ein ökologisches Bonus-Malus-System umfassen, das sich neben der Co2-Belastung auch an der Lärmbelastung orientiert. Darüber hinaus wollen wir ein Entgelt zur Finanzierung von Schallschutzmaßnahmen nach Frankfurter Vorbild einführen. Ob CO2-abhängige Start- und Landegebühren möglich sind, muss geprüft werden.

Einen Wettlauf nach unten mit den anderen deutschen Flughäfen durch immer höhere Subventionen für die Fluggesellschaften lehnen wir ab. Eine ökologische und anwohnerfreundliche Entgeltordnung setzt zudem Anreize für die Fluggesellschaften, leisere und saubere Flugzeuge anzuschaffen.

Die Zuständigkeit für mehr Klimaschutz im Luftverkehr und weniger Lärm an den Flughäfen liegt vor allem bei der Flughafengesellschaft FBB und den Vertreter*innen im Aufsichtsrat und im speziellen bei der Senatsverwaltung für Finanzen. Die Senatsverwaltung für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr prüft lediglich formal. Doch auch der gesamte Senat und das Abgeordnetenhaus können Einfluss nehmen. Diesen Einfluss werden wir nutzen, um die Entgeltordnung entsprechend der genannten Kriterien zu reformieren.